Kongreß beim Vorstand des Gewerkschaftsbundes in proletarischer Deutlichkeit zu sagen, was er, der Vorstand, an Notwendigem unterlassen, an Schädlichem verübt habe. Die Erwägung an die vielerorts in Aussicht gestellte Kritik aber Anlaßgut machte hier und da Besürchtung für den geordneten Verlauf des Kongresses und für das amtliche Dasein der Leiter des Gundesvorstandes keimen lassen. Die Anklage in Kongreßsachen wenigstens mögen solchen Erwartungen gefreut haben. Der lustige Thelmann indes sieht den Dingen mit äußer Gelassenheit entgegen. Aus persönlicher Erfahrung weiß er, daß schon auf der Reise zum Kongreßort viel von der Kritisuch der Brust entfliegt. Und selbst wenn sie ihre volle Füllung bis ins Kongreßlokal bringt, dessen Duft noch für sicher Eintrag tun. Hier tauchen dem Drang zu Kritik und Anklage Hemmnisse, Dämpfungen auf, wovon man daheim auf bekanntem Boden kaum etwas ahnen konnte. Wie leicht war es, daheim in der Mitgliederversammlung das Tor und Tadeln des weit ab der Hörweite stehenden Vorstandes zu kritisieren, wie unwiderleglich wurde die Beweisführung gehalten, wie einhellig war der Beifall, wie selbstverständlich, daß die gleiche Rede auf dem Kongreß die nämliche Wirkung haben werde? Allein, wie kann der Mensch sich trügen! Es braucht kein tagelanges Einatmen der Kongreßluft, um herauszufinden, daß es hier mit der Kritik einiger Gewerkschaftler haben muß, für die Unwiderlegbarkeit der Beweise beglaubigen, und daß für den Glauben an einmütige Zustimmung verteufelt wenig Zeichen sprechen. Die für die Kritik außerhalbe Leitung ist nun innerhalb der Körperschaft, scharfe Kritik ebenso zu erwidern. Ganz abgesehen davon, daß jetzt, wo der Rede die Gegenrede unmittelbar folgt, die alte, die vorgefaßte Meinung oft unhaltbar wird. Zu diesen sachlichen Umständen, die die Betätigung der Kritiksucht hemmen, kommen noch die technischen. Auf dem Wege zwischen Vormeldung und Weiterteilung steht die Guillotine, Debattenschluß genannt, die unmenschlich und menschenfreundlich zugleich wirkt: unmenschlich, weil sie selbst der schönsten Rede den Weg in die Oeffentlichkeit verspert; menschenfreundlich, weil sie manchem Redemitgen den Ruf, ein Redner zu sein, erhält. Zur Meisterung der vielen sachlichen und technischen Hürnisse bedarf es einer gewissen Erfahrung und etwas Geschick, mit deren Aneignung man auch die Erkenntnis erwirbt, daß es mitunter recht gut ist, die in der heimischen Versammlung so heiß gekochte Suppe auf einem Kongreß kalt aufzutragen, soll sie dem, der sie aufträgt, keine Brandwunden erzeugen.

Diese Erwägungen verboten, der vielfach gehegten Annahme beizutreten, daß dieser Kongreß sehr lebhaft, nein stürmisch verlaufen werde. Der Glaube an den ruhigen, sachlichen Verlauf der Verhandlungen konnte auch nicht durch die hohe Zahl von Anträgen, die eine Mißtrauenskundgebung gegen diese oder jene Stelle der Bundesleitung und die Entlassung dieses oder jenes Beamten fordern, erschüttert werden."

Sorgen und Wut sind immer geeignet, sich dem Suff zu ergeben. Der Suff ist wiederum das beste Mittel, die Proletarier im Sumpf zu erhalten. Daß das Proletariat aus diesem Sumpf nie herauskommt, daran haben natürlich die Gewerkschaftsbureaukraten das größte Interesse, und verantwortlich dafür, daß die Oppositionsbieterei nicht ernst wird, sind ja bekanntlich die Oppositionsdirigenten, die dadurch ihre Unentbehrlichkeit beweisen, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die „Wochenbeilage" derselben Nummer den verkoppelnden Oppositionsgeistern eben empfiehlt, sich lieber dem Suff zu ergeben, als aus den Gewerkschaften auszutreten und sich auf ihr Klasseninteresse zu besinnen.

Diese „Wochenbeilage" bringt nämlich eine große Knallerei über die ganze Seite:

**Engelhardt-Biers überall!**

## Der Buchdruckerstreik beendet

Der Buchdruckerstreik in Berlin ist nach eineinhalbwöchentlicher Dauer beendet. Die Buchdrucker bekommen für die Woche 300 Mark mehr. Ihre Lage ist jedoch, wenn man die Teuerung in Betracht zieht, nach dem Streik trotz der „Zulage" schlechter als vor dem Streik.

Von ihren gewerkschaftlichen Grundsätzen aus gesehen — die Buchdrucker haben 31 Jahre nicht gestreikt — haben die Buchdrucker alles eingesetzt, was ihnen an Macht zur Verfügung stand, und haben der Regierung ein paar schwere Stunden bereitet. Doch die Regierung, die Repräsentantin der demokratischen Republik, ließ keinen Zweifel darüber, daß sie einen Angriff auf die Republik" mit allen Mitteln begegnen wird. Ein Angriff auf die Republik ist eben, wenn durch Arbeitsniederlegungen irgendwelche Schwierigkeiten entstehen, und nicht alles ausgeführt wird, was notwendig ist.

Der Hunger, der Druck der Gewerkschaften und der Regierung, in anderen Worten, die Unmöglichkeit als einzelne Gruppe erfolgreich gegen das Kapital ankämpfen zu können, ließen die Buchdrucker wieder an die Arbeitsstätte zurückkehren, und die Gewerkschaften werden im Stillen hoffen, daß den Buchdruckern das Streiken für eine Zeitlang ausgetrieben ist.

Die einzige Lehre aus dem Buchdruckerstreik ist eben die: ob mit oder ohne Streiks, es geht eben rückwärts, solange nicht der Gedanke sich Bahn bricht, daß die Arbeiterklasse heute nur ein Ziel und eine Parole haben kann: Den Kampf um die Macht als Klasse, als die einzige Rettung. Wenn auch heute noch viele sich sperren und am altbergebrachten hängen, so wird doch die Entwicklung selbst dafür sorgen, daß letzten Endes die Geister revolutioniert werden, wenn nicht anders, so durch Niederlagen.

## Der Dalles

Die Finanzgebarung des Reiche. In der dritten Zundebahde betrugen die Reichseinnahmen 2,7 Milliarden, die Ausgaben 8,8 Milliarden Mark. Die schwebende Schuld ist um 4,3 Milliarden auf 266 Milliarden Mark gestiegen. Für die Reparationsverpflichtungen wurden 168 Milliarden verwendet.

# Ausland

### Frankreich.

Die französische Presse beurteilt den Mord an Rathenau ziemlich nüchtern. Führende Wirtschaftspolitiker und Industrielle — u. a. Loucheur in zwei verschiedenen Zeitungen — sagen fast übereinstimmend, daß die deutsche Arbeiterklasse infolge ihrer Niederlage versuchen wird, den „Kintsumsturz" zu vollziehen. Loucheur selbst spricht dies am deutlichsten aus. Er meint sogar, daß das Proletariat siegreich sein wird. Die Monarchisten seien wohl mit dem demokratischen Regime einverstanden, nicht aber mit dem Unterschied, daß die Arbeiterklasse. Sie (die Monarchisten) hätten hinzugefügt, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die „Wochenbeilage" derselben Nummer den verkoppelnden Oppositionsgeistern eben empfiehlt, sich lieber dem Suff zu ergeben, als aus den Gewerkschaften auszutreten und sich auf ihr Klasseninteresse zu besinnen.

Diese „Wochenbeilage" bringt nämlich eine große Knallerei über die ganze Seite:

**Engelhardt-Biers überall!**

## Der Buchdruckerstreik beendet

Der Buchdruckerstreik in Berlin ist nach eineinhalbwöchentlicher Dauer beendet. Die Buchdrucker bekommen für die Woche 300 Mark mehr. Ihre Lage ist jedoch, wenn man die Teuerung in Betracht zieht, nach dem Streik trotz der „Zulage" schlechter als vor dem Streik.

Von ihren gewerkschaftlichen Grundsätzen aus gesehen — die Buchdrucker haben 31 Jahre nicht gestreikt — haben die Buchdrucker alles eingesetzt, was ihnen an Macht zur Verfügung stand, und haben der Regierung ein paar schwere Stunden bereitet. Doch die Regierung, die Repräsentantin der demokratischen Republik, ließ keinen Zweifel darüber, daß sie „einen Angriff auf die Republik" mit allen Mitteln begegnen wird. Ein Angriff auf die Republik ist eben, wenn durch Arbeitsniederlegungen irgendwelche Schwierigkeiten entstehen, und nicht alles ausgeführt wird, was notwendig ist.

Der Hunger, der Druck der Gewerkschaften und der Regierung, in anderen Worten, die Unmöglichkeit als einzelne Gruppe erfolgreich gegen das Kapital ankämpfen zu können, ließen die Buchdrucker wieder an die Arbeitsstätte zurückkehren, und die Gewerkschaften werden im Stillen hoffen, daß den Buchdruckern das Streiken für eine Zeitlang ausgetrieben ist.

Die einzige Lehre aus dem Buchdruckerstreik ist eben die: ob mit oder ohne Streiks, es geht eben rückwärts, solange nicht der Gedanke sich Bahn bricht, daß die Arbeiterklasse heute nur ein Ziel und eine Parole haben kann: Den Kampf um die Macht als Klasse, als die einzige Rettung. Wenn auch heute noch viele sich sperren und am altbergebrachten hängen, so wird doch die Entwicklung selbst dafür sorgen, daß letzten Endes die Geister revolutioniert werden, wenn nicht anders, so durch Niederlagen.

## Der Dalles

Die Finanzgebarung des Reiche. In der dritten Zundebahde betrugen die Reichseinnahmen 2,7 Milliarden, die Ausgaben 8,8 Milliarden Mark. Die schwebende Schuld ist um 4,3 Milliarden auf 266 Milliarden Mark gestiegen. Für die Reparationsverpflichtungen wurden 168 Milliarden verwendet.

# Ausland

### Frankreich.

Die französische Presse beurteilt den Mord an Rathenau ziemlich nüchtern. Führende Wirtschaftspolitiker und Industrielle — u. a. Loucheur in zwei verschiedenen Zeitungen — sagen fast übereinstimmend, daß die deutsche Arbeiterklasse infolge ihrer Niederlage versuchen wird, den „Kintsumsturz" zu vollziehen. Loucheur selbst spricht dies am deutlichsten aus. Er meint sogar, daß das Proletariat siegreich sein wird. Die Monarchisten seien wohl mit dem demokratischen Regime einverstanden, nicht aber mit dem Unterschied, daß die Arbeiterklasse. Sie (die Monarchisten) hätten hinzugefügt, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die Proletariat siegreich sein wird. Die Monarchisten seien wohl mit dem demokratischen Regime einverstanden, nicht aber mit dem Unterschied, daß die Arbeiterklasse. Sie (die Monarchisten) hätten hinzugefügt, daß sie immer brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß

hinter der Demokratie stehe. Solange das nach der Fall sei, sei keine Gefahr im Verzuge. Reagiere die Arbeiterklasse nicht mehr auf die demokratischen Hilfsrufe — die müssens nur von den Gewerkschaften ausgingen —, so sei ihre Zeit gekommen, zusammen mit der Demokratie das Proletariat niederzuschlagen. Sie würden dann versuchen, die Regierung an sich zu reißen. Loucheur und andere prophezeien, daß das Proletariat siegreich bleiben werde.

Die Franzosen können nicht die trockenste Heiterkeit des deutschen Proletariats und seine Besessenheit in die Gewerkschaften. Und dann wird Herr Loucheur schon sein besonderes Plänchen mit diesen „Prophezeiungen" verfolgen.

### England.

Das englische Kapital lobt die deutschen Proletarier.

„Daily Mail", ein führendes politisches Blatt, erfährt, das britische Schatzamt prüfe ein Memorandum der Reparationskommission über die Möglichkeiten für Deutschland, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, sowie über die besten Methoden für die Steuerpolitik der deutschen Regierung. Reuter erfährt bezüglich der Lage in Deutschland infolge der Ermordung Rathenaus, daß in maßgebenden Kreisen in London keine besonderen Furcht vor den deutschen Reaktionären herrsche. Die führenden Kreise des deutsch-monarchistischen Anhanges, die Fürsten Preß, Hendel von Donnersmarck, Graf Schaffgotsch und viele andere, seien Industriemagnaten und bestaht auf die demokratische Wirtschaftsform angewiesen. Gerade die republikanische Regierung sei ihnen nötig, ihr „Industrie-Prestige" zu erhalten und zu stärken. Nur durch die demokratische Staatsform können sie den monarchischen Gedanken weiterreisen.

Die Ansicht führender französischer Industrieller und politischer Zeitungen, die einen Umsturz von links als sicher und regelrich hinstellen, sei zu schwarz gesehen. Die deutschen Arbeiterparteien seien disziplinierten und die Massen befinden sich fest in den Händen ihrer Führer. Das habe der Mord an Rathenau von neuem bewiesen. Die deutschen feudalistischen Kreise werden vielmehr warten, bis die Arbeiterklasse sich gegen die demokratische Regierung aufsetzt, um dann zusammen mit dieser gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Auf diese Weise hoffen die Monarchisten, in Deutschland auf legale Weise ans Ruder zu kommen.

### Indien.

Die indischen Seeleute haben im vorigen Winter ihren ersten großen Streik ausgefochten. Dieser war aber in der Hauptsache von einheimischen Nationalisten geführt und galt als Boykottbewegung gegen England. Nach Beendigung des Streiks fand eine große patriotische Feier statt, in welcher die Seeleute den einheimischen Granden ihre Ergebenheit bekundeten.

Der allserbende Kapitalismus wirkt sich aber auch in dem industriell noch weniger erschlossenen Indien aus. Das indische Proletariat lernt langsam erkennen, daß nicht nur der englische Kapitalismus sein Feind ist, sondern der Kapitalismus überhaupt. Die indischen Seeleute, die noch vorigen Winter den indischen Granden huldigten, sind jetzt gegen diese in den Kampf getreten.

In Indien streiken 30 000 Seeleute.

Die Hindus sind damit bewußt aus dem Stadium des Rassenkampfes in den Klassenkampf getreten.

### Amerika.

Der „Vorwärts" meldet aus Amerika:

„Vom amerikanischen Bergarbeiterstreik. Der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften John Lewis und der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten frühstückten gestern mit dem Präsidenten Harding und erörterten den amerikanischen Bergarbeiterstreik".

Dieser mit dem Präsidenten der amerikanischen Milliardäre frühstückende John Lewis — ein wahres Muster eines „Arbeiterführers" — verlangte dennoch „Grundlagen" für Lohnzahlungen. Sicher werden die Kohlenmagnaten auch schon bisher „Grundlagen" für ihre Stinnesentschädigungen gehabt haben.

Während Lewis beim Präsidenten seinfrühstückte, brachtete man aus Amerika:

„Bei den großen Kämpfen zwischen streikenden Bergarbeitern und Streikbrechern in Illinois wurden, wie aus Washington telegraphiert wird, 26 Bergarbeiter getötet, andere schwer verwundete liegen im Sterben. 24 werden vermißt. 16 Streikbrecher wurden auf der Flucht erschossen, 4 zu Tode gepriegelt. Die 24 vermißten Streikbrecher werden von den Streikenden in einem in der Nähe befindlichen Walde gefangengenommen. Die Schlacht ist unbekannt. Die städtischen Behörden erklären, daß sie die Situation beherrschen."

In großen Teilen Amerikas stehen auch die Transportarbeiter und Eisenbahner im Sotdarkstreik für die Kohlenarbeiter und zum Abwehrkampf gegen die Demokratie, die sie zu erdrosseln droht.

In kurzem dürfte in Amerika Verkehr und Industrie stillegen, wenn es den Flüchten dem Gottesfürchtigkeit nicht noch im letzten Augenblick gelingt, die Proletarier einzumöchlen.

### Argentinien, Südamerika.

In Argentinien befanden eine große Anzahl Gewerkschaften, die ziemlich abhängig von den Parteien waren. Es bestanden zwei Gewerkschaftsbünde; der Argentinische Gewerkschaftsbund (Federacion Obrera Regional Argentina) und der von Moskau abhängige „kommunistische" Gewerkschaftsbund (Federacion Obrera Regional Argentina Communista). Dieser hat sich jetzt den allen reformistischen unterworfen. Die „Politik" dieser beiden famosen argentinischen „RGDs" unterschied sich bisher nur in der Art des Schimpfens. Nunmehr sind sie auch organisatorisch eins. Die Parteien sind desselben Kalibers. Sie sind jetzt so gut wie den Gewerkschaften unterschied.

Diese kleine Gewerkschaften haben indes den Kuhhandel nicht mitgemacht. Einige schon liefen sich bisher von Moskau nicht bestechen und anderen sind nachträglich die Augen geöffnet. Man kann annehmen, daß ein kleiner gesunder revolutionärer Kern entsteht.

### Italien.

In Italien verbandelt die Bureaukratie der Metallarbeiter in Permanenz seit Monaten. Durch wiederholte Abstimmungen gelang es ihr, die Proletarier hinzuhalten. Nunmehr ist ihnen die Geduld ausgegangen. Der Generalstreik ist ziemlich vollständig. In allen Industriezweigen der Metallindustrie ruhen die Betriebe. Die Bureaukratie hat dem Arbeitsminister das Versprechen abgegeben, für Disziplin zu sorgen. Man hofft immer noch, der Bewegung Herr zu werden. Und sicher wird es ihnen auch gelingen, wenn das Proletariat als Klasse es nicht erkennt, daß ein „Generalstreik der Metallarbeiter" ein Nonsinn ist. Wenn die Proletarier nicht erkennen, daß in diesem Stadium ihr größter Feind die Gewerkschaften sind. Erst wenn sie diese restlos zertrümmert haben, wird es ihnen gelingen, die Bonzen zum Teufel zu jagen und die Kapitalisten hinterher.

### In Spanien

Kreisen die Metall- und die Kohlenarbeiter. Derselbe und Industrie sind zu einem großen Teil in Mittelbetrieben gegangen.

### Rumänien.

In Rumänien hat sich dasselbe Schauspiel vollzogen wie in Argentinien. Die Moskauer Gewerkschaftszentrale hat sich in Rumänien unterworfen. Es besteht nunmehr auch in Rumänien nur eine Gewerkschaftszentrale. Auch hier beherrschen die Gewerkschaften die Parteien.

### Tschechoslowakei.

Hier ist es noch nicht ganz so weit als in Argentinien und Rumänien. Organisatorisch besteht zwar nur ein Gewerkschaftsbund. Und dieser maßregelt rücksichtslos ganze Gewerkschaften, wenn sie nicht für „Disziplin" in ihren Reihen sorgen. Einige Gewerkschaften, so neuerdings die Holzarbeiter und Bankarbeiter, haben sich für Moskau erklärt und sind deswegen ausgeschlossen. Sehr andere Gewerkschaften protestierten dagegen. Die Zentrale droht, sie zu auflösen, wenn sie ihre Schimpfereien gegen die Unternehmer ändern.

Politisch herrscht in der Tschechoslowakei — wenigstens im Parlament — Kampfstimmung. Hier gibt es ebenfalls „revolutionäre" Parlamentarismus und solchen, der seine Meinung mit dem Munde äußert (und hinterherum, außerparlamentarisch handelt). Gelegentlich einer Regierungsvorlage über die Nationalisierung der Rustig-Zepliner Eisenbahn gerieten sich die Richtungen gewaltig in die Haare. Die „revolutionären" Parlamentarier, die für den Staatskapitalismus sind, erhielten nach ihrem System Reinnecke. Es gelang ihnen zusammen mit der Parlamentswache (!), die Verteidiger des privaten Kapitalismus aus dem Saal zu werfen! Einem Antrag des Präsidenten, den Ausgeworfenen (Deutschnationalen) die Diäten für den Monat Juni zu entziehen, stimmten indes die „Kommunisten" nicht zu. In diesem Punkt herrscht Solidarität. Der Antrag wurde trotz der „revolutionären" Widersprüche angenommen. Die Eisenbahn wurde dann — parlamentarisch verstaatlicht.

### Oesterreich.

In dieser Woche erhöht sich in Wien der Preis für einen Laib Brot von 13 000 auf 16 000 Kronen. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Steigerung der Indexziffer für die Lebenshaltung bereits beinahe 100 Prozent, mehr als 20 Prozent.

In Oesterreich gehen die Verhältnisse in rasenden Tempo ihrem Verhängnis entgegen. Wir werden über die österreichischen Verhältnisse in einem besonderen Artikel berichten.

### Tschechoslowakei.

Hier ist es noch nicht ganz so weit als in Argentinien und Rumänien. Organisatorisch besteht zwar nur ein Gewerkschaftsbund. Und dieser maßregelt rücksichtslos ganze Gewerkschaften, wenn sie nicht für „Disziplin" in ihren Reihen sorgen. Einige Gewerkschaften, so neuerdings die Holzarbeiter und Bankarbeiter, haben sich für Moskau erklärt und sind deswegen ausgeschlossen. Sehr andere Gewerkschaften protestierten dagegen. Die Zentrale droht, sie zu auflösen, wenn sie ihre Schimpfereien gegen die Unternehmer ändern.

Politisch herrscht in der Tschechoslowakei — wenigstens im Parlament — Kampfstimmung. Hier gibt es ebenfalls „revolutionären" Parlamentarismus und solchen, der seine Meinung mit dem Munde äußert (und hinterherum, außerparlamentarisch handelt). Gelegentlich einer Regierungsvorlage über die Nationalisierung der Rustig-Zepliner Eisenbahn gerieten sich die Richtungen gewaltig in die Haare. Die „revolutionären" Parlamentarier, die für den Staatskapitalismus sind, erhielten nach ihrem System Reinnecke. Es gelang ihnen zusammen mit der Parlamentswache (!), die Verteidiger des privaten Kapitalismus aus dem Saal zu werfen! Einem Antrag des Präsidenten, den Ausgeworfenen (Deutschnationalen) die Diäten für den Monat Juni zu entziehen, stimmten indes die „Kommunisten" nicht zu. In diesem Punkt herrscht Solidarität. Der Antrag wurde trotz der „revolutionären" Widersprüche angenommen. Die Eisenbahn wurde dann — parlamentarisch verstaatlicht.

## Aus der Partei

### Funktionärversammlung Groß-Berlins

Eine am Montag, den 10. Juli, tagende Funktionärversammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin nahm Stellung zur Situation und zu den Aufgaben der Partei.

Der erste Punkt, in dem allgemein die Meinung vertreten war, daß die Periode des „Kampfes gegen die Reaktion" in das zweite Stadium getreten ist, das heißt in das Stadium der Kabinettsbildungen. Die Gewerkschaften haben ihr Ziel, ein Kampfgesetz gegen das antistimmende Proletariat, erreicht. Ihre Aufgabe besteht jedoch darin, neben der Aufgelösung des Reichstages die Partei und die Union — angesichts der in der nächsten Zeit durch die katastrophale Not entstehenden Zusammenbrüche — fest zu stabilisieren und aktionsfähig zu machen. Damit wir in den kommenden Kämpfen nicht allein dem Feind stehen. Zum Punkt Gewerkschaftsfragen wurde neben anderen Arbeiten hauptsächlich die Zeitungsfrage ausführlich behandelt. Es wurde ein Antrag angenommen.

„Der Mitgliedschaft zu empfehlen, einen einmaligen Beitrag von sechzig Mark pro arbeitenden Mitglied für die Presse einzuheben. Preßfonderkarten, die vom ZK. herausgegeben werden, in dieser Höhe zu entwerfen und bis 15. August abzurechnen."

Der ZK. wurde beauftragt, dafür zu sorgen, daß auch die Genossen im Reiche die Opfer, die die Berliner Organisation für die Presse auf sich nimmt, mit zu tragen.

In den Berichten aus den Unterbezirken kam zum Ausdruck, daß die KPD. nicht mehr nur, sondern durch öffentliche Versammlungen und in den Betrieben erfolgreich eingriff, wenn auch von allen Seiten betont wurde, daß der Kampf erst beginne.

Es zeigte sich jedoch, daß noch Unscheiden einiger Betriebe die Partei nicht gefüllen hat, was Berlin anbetrifft, und die KPD. über alle Hindernisse hinweg ihren Weg geht.


**Genossen!**

**Sammelt für den Pressefonds.**

**Postscheckkonto: Berlin N 7, Nr. 490 29.**


## Wichtige Neuerscheinungen.

(Preise freibleibend.)

M. Philips Price: Die russische Revolution, Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919, brosch. 18 M., geb. 35 M.

Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, eine neueste Aufl., 12 M.

Die russische Revolution und die Kommunistische Partei, 9 M.

K. Korsch: Zehnthesen zum Marxismus, gemeinverständliche Darlegung, broschiert, 5,50 M.

Brupbacher: Marx und Bakunin, brosch. 50 M.

K. Korsch: Karl Marx, die materialistische Geschichtsauffassung, broschiert 16 M.

Kritsch: Marx und Freud, brosch. 5 M.

Karl Marx: Klassenkämpfen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 13 M.

Lenin und Sinowjew: Gegen den Strom (Aufsätze aus den Jahren 1914—1917), brosch. 30 M.

Karl Marx: Inaugurraladresse, nen herausgegeben von Kautsky 5 M.

Trotzki: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht! 5 M.

Rudolf Abraham: Die Theorie des modernen Sozialismus 21 M.

Bucharin: Oekonomik der Transformationsperiode, brosch. 20 M., gebunden 30 M.

Hübner: Das Lesebuch der Republik 13 Mark.

Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, 4 M.

Varga: Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren, 4 M.

Russische Korrespondenz Nr. 1—3, Jg. 1922, 20 Mark.

Rothk: Zerstörung der Persönlichkeit, 35 M.


**Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6**

Postscheckkonto: Berlin 49 029.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Pieck Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Druck: Carl Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roßer, Berlin, Alexanderstraße 11.



3. Jahrg. Nr. 50. Preis 3 M.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Parteien Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29.

Abonnementspreis für Groß-Berlin 25 Mark monatlich, — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 32,— M. monatlich, nach dem Ausland 60,— M. monatlich.


## Die Klassenschichtung der deutschen Bourgeoisie

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat sich daran gewöhnt, die Bourgeoisie als eine einheitlich ihm gegenüberstehende Klasse zu betrachten, gegen die sie den Klassenkampf führt. Den Kampfen innerhalb der einzelnen Schichten mißt sie geringere Bedeutung zu, als ihnen tatsächlich zukommt. Während der Herrschaft des Kapitals sind diese Gegensätze anscheinend für die Struktur der Wirtschaft. Eine Schicht löst die andere ab, und die Entwicklung innerhalb des Systems bestimmt sich danach. Der Sturz einer Schicht durch die andere spielt sich in revolutionäre Formen ab. Um nächsten liegt uns der Kampf zwischen dem deutschen Agrar- und dem Finanzkapital. In allen Auseinandersetzungen sind die Proletarier mit der revolutionisierenden Bourgeoisie marschiert. Man denke nur an die Kämpfe des Jahres 1848 und die glorreiche Revolution des November 1918. Hier haben die Proletarier die alte herrschende Kapitalisten-schicht zugunsten einer neuen gestürzt. Dies ist das objektive Ergebnis, welches man gerade in diesen Tagen am besten feststellen kann. Als sich die gestürzten Götter gegen die Eroberer wendeten, da stellten sich die Proletarier schützend vor ihr „Finanzkapital". Solange sich die Kräfte nicht von der revolutionierenden Bourgeoisie trennen, kommt es überhaupt zu keiner Revolution. Dieses Wort von Kropotkin paßt glänzend in die heutige Situation. Die KAPD. ist die einzige Arbeiterpartei, welche diese Trennung verlangt. Nur sie ist berechtigt, sich revolutionär zu nennen, weil sie eine Teilnahme an den Kämpfen der Bourgeoisie ablehnt und die Forderung aufstellt, daß das Proletariat den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt. Wie das deutsche Proletariat sich 1914 schützend vor die Monarchie stellte und die Gewerkschaften sich mit aller Macht dafür einsetzten, so wiederholte sich dasselbe Spiel im Juni 1922. Damals verlangte allein Karl Liebknecht den Sturz der Regierung, an seine Stelle ist heute die KAPD. getreten. Die KPD. ist in die Reihen der Sozialdemokratie zurückgegangen unter Verleugnung ihres bisherigen Weges. Sie ist zu den Massen der SPD. und USPD. hingeschlichen und bildet mit ihnen eine Einheit zum Schutz der kapitalistischen Republik. Da sie nicht den Massen den Weg zu ihrer Befreiung zeigen will und wegen ihrer Abhängigkeit vom kapitalistischen Rußland auch nicht kann, muß sie das Proletariat an das Kapital verraten. Sie mißbraucht dazu in der gemeinsten Weise die ihr durch die Namen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg anhaftende revolutionäre Tradition. Es ist schon häufig festgestellt worden, daß das Kapital aus der Defensive zur Offensive übergegangen ist. Es ist sogar noch bedeutend weiter gegangen, es hat den Mut, seine eigene Streitigkeiten auszutragen und das Proletariat für seine Umschichtungen einzufangen. Durch die Drohung mit der Reaktion sucht es sich wieder ein staatserhaltendes Proletariat zu schaffen. Das „Surra" für Wilhelm wird durch den neuen Schlachtruf „Hoch die Republik" abgelöst.

Das Finanzkapital mußte dem für es kämpfenden Proletariat eine erhebliche Machterweiterung zutreiben, damit es bei der Stange blieb. Es hieß die Sozialisierung versprechen, eine Zahlung einer sozialdemokratischen Reichspräsidenten, Minister, Generalstaatsanwälten zum Kauf. Die Sozialdemokratie wurde mit einem Mort regierungsfähig. Die Gewerkschaften werden die Stützen des Staates. Das Agrarkapital hatte Unterlassen erfragen, die regiert werden wollten. Es hatte die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt und es auch zum müssen, weil es in ihr eine Stütze des Finanzkapitals erblickte, weil es weiter, weil die Gewerkschaftsbewegung kapitalfeindlich war. Das Finanzkapital konnte nur im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften die Herrschaft des Agrarkapitals brechen. Deshalb verbündete es sich kurz vor der Revolution zur Arbeitsgemeinschaft. Sie war von vornherein als Block gegen das Agrarkapital gedacht und wirkte auch so. Das Finanzkapital und das von ihm abhängige Industriekapital erkannten, daß der revolutionäre Zusammenbruch die beste Gelegenheit zum Sturz des Schlosses durch die Zwangswirtschaft gelähmten Agrarkapitals bot. Das Risiko war um so geringer, als es auch das Kleinbürgertum von dem Zaunen der durch die Monarchie für ihr Fortkommen aufgerichteten Schranken eine stärkere Entwicklung ermöglichen versprach. Das untere Beamtentum hoffte, durch freie Bahn dem Tüchtigen in die bisher dem mittleren Bürgertum und der Aristokratie vorbehaltenen Stellungen einzurücken. Der kleine und der mittlere Bauer erwarteten die Befreiung von den besonders auf ihnen lastenden Militärlasten und der Willkür der Großagrarier. Die Landarbeiterschaft wollte die Fesseln der Gesindeordnung und der Leibeigenschaft sprengen. Die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiteraristokratie wollte an Stelle des proletarischen Daseins die Idylle des Kleinbürgers sich verschaffen. Für alle diese rein kapitalistisch fühlenden Elemente war der Boden für ihre individualistische Betätigung zu eng geworden. Sie traten deshalb mit dem Proletariat in den Kampf ein. Der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft versuchte, die Revolution über das von der Bourgeoisie gesetzte Ziel hinauszutreiben und erreichte dadurch weitgehende Zugeständnisse. Diese konnten nur durch harte Kämpfe erzwungen werden im Gegensatz zu einem Teil des Proletariats, welcher die verhältnismäßig sicherere kapitalistische Existenz dem Kampf um den Kommunismus vorzog. Mit Hilfe dieser proletarischen Schicht gelang es der geschlossen dastehenden Bourgeoisie, das revolutionäre Proletariat niederzuknüppeln und ihre Herrschaft zu fundieren. Nachdem der Druck nachgelassen hatte, begann der Abbau der vom Proletariat erkämpften Rechte. Er ging Hand in Hand mit der Zuberstellung der Industrie. Je mehr sich die Bourgeoisie in die neu-

## Der Bankerott der „Bannerträgerin"

Der Bankerott der USPD. ist im wahrsten Sinne des Wortes der Bankerott der radikalen Phrase. Man muß es dieser Partei lassen, daß sie getreu ihren Grundsätzen zu sterben weiß und selbst ihren Tod noch mit einer Phrase entschuldigt. Denn die Worte: „Der Eintritt der USPD. in die Regierung bedeutet einen außerordentlichen Schritt in einer außerordentlichen Situation" beleuchten treffender als alles andere das innere Wesen dieser Partei.

Das sicherste Kennzeichen des Opportunismus ist, das er zuweilen an radikalen Worten alles überbietet. Wer erinnert sich nicht der hochtönenden Sprüche auf ihrem letzten Parteitag. Die Ausgrabung der Resolution, die aufs neue mit den Worten „Diktatur des Proletariats" und „Rätesystem" um sich wirft, anläßlich des letzten Redaktionswechsels war zweifellos der Höhepunkt innerlicher Heuchelei und geistiger Korruption. Denn, kann es anders sein, wenn ein Ereignis, wie der Mord an Rathenau genügt, die mit ungeheurem Lärm immer wieder aufs neue verkündeten Grundsätze über Bord zu werfen?

Der Schritt, den die USPD. ging dadurch, daß sie die bürgerliche Demokratie als ihr Programm verkündete, ist die einzig entschlüpfte Zur Feier ihrem Bestehen. Aber nur die konkrete Handlung, nicht die Begründung. Die Frage, die für die Arbeiterklasse während der Revolution zur Diskussion stand, ist gerade nach dem Programm der USPD.: Bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats? Daß irgend ein alltägliches Vorkommnis genügte, um der „Einigkeit" willen Grundsätze als das zu offenbaren, was sie waren, nämlich ein Fetzen Papier, ist ein Beweis, daß dieselben nur das Blechschild waren, das dem Proletariat angesetzte, was bei der „Bannerträgerin" gründlicher hat sich wohl noch nie eine Partei selbst verhöhnt — alles zu haben war.

Die USPD. war die Partei der Illusionen des Proletariats. Sie vereinigte die „Besserwisser", wie Lenisch in der „DAZ." schreibt. Sie war die Partei des Widerspruches, die alle Elemente in sich vereinigte, die der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruches wohl etwas aus dem Häuschen brachte, die aber in demokratisch-pazifistischen Vorstellungen, Illusionen liebten und nicht die Kraft fanden, sich durchzuringen durch den kleinbürgerlichen Sumpf; die alles von einer einmaligen „Aktion" hofften und zu dieser selbst noch das Zeichen ihrer „Aktion" Leitung erwarteten, die nur deswegen vorgespiegelt wurde, um eben die Illusionen und damit die Partei zu halten.

Die Spaltung, die die USPD. in Halle in zwei Teile zerschlug, deren einer Teil heute die KPD. vorstellt, sie war der Anfang vom Ende, das jetzt erreicht ist. Die Crispien und Edebour, die gesamte Parteibürokratie, sie hatten bereits die ganze Schwere der proletarischen Revolution gerade in Deutschland erkannt. Sich gerade dem deutschen Proletariat an die Spitze zu stellen und gleich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit allen Mitteln gerade dieses Proletariat von seiner geistigen Abhängigkeit dem Kapital gegenüber zu befreien, dazu waren sie selbst zu sehr gerade der Ausdruck des verbürgerlichten Teiles der Arbeiterklasse. Die sich zuspitzenden Klassengegensätze trieben zu einer Entscheidung. Es galt also, den Kurs nach rechts zu drehen, denn die Proletarier, die sich nun der schon halb liquidierten russischen Revolution der 3. Internationale ansch

gesetzlosen Staatsform einlebte, um so stärker kamen auch die bis dahin mehr unter der Oberfläche nickenden Gegensätze zum Ausdruck. Das Kleinbürgertum und besonders die bäuerlichen Elemente waren von der Entwicklung tief enttäuscht. Die Freiheiten brachten nicht eine Verbesserung der materiellen Lage. Die Hoffnungen erfüllten sich nicht. Als die Quelle des Uebels empfanden sie das Vordringen der Arbeiterschaft, welches sich für sie in den sozialdemokratischen Ministern repräsentierte. Sie nahmen die Vorgänge rein mechanisch, verglichen nur ihre gesellschaftliche und materielle Lage, ohne noch den Ursachen der Verschiebung zu forschen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch war für sie nur eine Folge des Wechsels der Staatsform. Alle diese Enttäuschten verbanden sich mit dem gestürzten Agrarkapital und bildeten mit ihm eine Einheitsfront gegen das Finanzkapital und die Gewerkschaften. Um diesem Druck auszuweichen, baute das Finanzkapital die in seinem Interesse errichteten Kriegsgesellschaften, überhaupt die Zwangswirtschaft ab. Eine völlige Aufhebung konnte es wegen der kleinbürgerlichen Einstellung der Gewerkschaften noch nicht riskieren, weil diese darin ein Stück Sozialismus erblickten. Es hoffte, mit der allmählichen Freigabe sich die Gunst der bäuerlichen Elemente zu erhalten, indem es an den Patriotismus der Landwirtschaft bei der schweren Situation des Vaterlandes appellierte. Das Agrarkapital verstand es aber, den Spieß umzudrehen, indem es die feinerzeit allein in seinem Interesse zur Durchführung des Siegfriedens errichteten Kriegsgesellschaften als jüdische Ausbeuterorganisationen brandmarkte. Die Situation für das Finanzkapital wurde um so bedrohlicher, als in den ersten Jahren nach der Revolution seine Interessen mit denen des Industriekapitals divergierten. Besonders in den Fragen der auswärtigen Politik zeigten sich diese Gegensätze. Anfangs erblickte die Industrie größere Gewinnchancen bei einer Erfüllungsverweigerung, außerdem mußte sie auf die schon gekennzeichnete Einstellung ihrer Angestellten und Beamten Rücksicht nehmen. Im Gegensatz zu ihr glaubte die Finanz, aus einem Bekenntnis zur Erfüllung allein eine Existenzmöglichkeit der deutschen Wirtschaft herausholen zu können. Sie hielt die Erfüllung für die beste Sabotage der Erfüllung. Allmählich sah das deutsche Industriekapital die Richtigkeit dieser Taktik ein, zumal dadurch die deutsche Industrie im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz stark beschäftigt war und es so möglich war, die „besonnene Arbeiterschaft" einzuspannen. Es suchte allmählich aus der antirepublikanischen Einstellung herauszukommen und seine Verbündeten aus der Zeit der Erfüllungsverweigerung abzustoßen. Schon zur Zeit des Kapp-Putsches rückte es in seinen hervorragendsten Vertretern von den rechtsradikalen Elementen ab, bis es jetzt nach der Ermordung Rathenaus den Zeitpunkt für ein Bekenntnis zur Republik für geeignet hielt. Diese Zusammenschmelzung bildete auch die Grundlage für die Sachsenwahlgesetze in Gestalt der Schlichtungsordnung, des Arbeitsgerichtsgesetzes u. a. m. In Berücksichtigung der Situation boten die Unabhängigen dem von rechts bedrohten Finanzkapital die Bruderhand an. Sie wurde glatt abgelehnt und an ihrer Stelle die Deutsche Volkspartei als Vertreterin des Industriekapitals zur gemeinsamen Arbeit eingeladen. Einen größeren Reinfall haben die reinen Toren der USP. mit ihrem manövrierten Streiken für die kommunistische Republik nicht erlebt. Der rechte Flügel hat so unter der Hurrastimmung sein Ziel erreicht. Der liebe Gott hat so lange geholfen, er wird noch weiter helfen. Gerettet ist das revolutionäre Bannerträgertum, gerettet ist das Finanzkapital. Verraten und verkauft ist das Proletariat. Es hat wieder einmal die Sache des Kapitals geführt; es hat die Vereinigung der beiden sich bekämpfenden Gruppen des Finanz- und Industriekapitals vollbracht. Als Geschenk erhält es ein neues Zuchthausgesetz, ein Sozialistengesetz der Republik.

Das Finanzkapital hat den Angriff des Agrarkapitals siegreich abgeschlagen. Auf der Strecke ist sein klügster Kopf geblieben. Seiner Energie hat er es zu verdanken, daß das Bekenntnis zur Erfüllung Gemeingut beider Gruppen geworden ist. Ueber seinem Grabe

## Der Rat des Narren

Aus dem Französischen von Buchwald.

Auf dem Marktplatz einer kleinen Stadt, zwischen Rathaus und Dom, sind verschiedene Folterwerkzeuge aufgestellt: Daumenschrauben, Stähle und Fäßer mit langen, spitzen Nägeln, glühende Zangen ...

In der Mitte des Platzes brennt ein Scheiterhaufen, bestimmt, den Ketzer aufzunehmen, wenn er sich weigern sollte, seine Irrlehren zu widerrufen.

Man schleppt den Frevler herbei.

Man hängt den Ketzer an den Händen auf und bindet schwere Bleigewichte an seine Füße. Die Henker drohen, zu zerspringen, aber dennoch schreit der Gequälte nur: Ich widerrufe nicht! Ich gestehe nicht! Ich habe nicht recht!

Man setzt den Ketzer auf den Marterstuhl. Die langen spitzen Nägel wühlen sich ins Fleisch. Aber nur noch mit stärkerer Stimme, mit noch größerem Trotze protestiert der Gepeinigte. Er schleudert seine Anklagen gegen die Folterknechte und gegen das Volk, das ringsum steht, das die Straßen füllt und die Fenster und Dächer der Häuser dicht besetzt und schweigend das Schauspiel beobachtet.

Bergeblich brennt man das Oyler mit glühenden Zangen. Er wird nicht gestehen, er gibt nicht zu ...

Der Kardinal, der Großinquisitor, der auf Befehl des Papstes selbst herangeeilt kam, um die Irrlehre mit der Wurzel auszurotten, wird ungeduldig; er weiß nicht mehr, was er mit dem Unbeugsamen beginnen soll. Ein freiwilliges Bekenntnis vom Ketzergloben, eine freiwillige Unterwerfung wäre ihm das Angenehmste, Dadurch würde ihm nur erspart: das Mittel anzuwenden, das Verbrennen des Ketzers auf dem Scheiterhaufen. Dieses letzte Mittel besitzt nämlich, wie der Kardinal weiß, in den Reihen der Oberen wenig Zuneigung.

Auf dem Balkone des Rathauses, wo er, befleidet mit dem roten Inquisitorgewande, Platz genommen hat, läßt der Kardinal die Henker kommen. Durch sie läßt er dem Beschuldigten, diesen Gotteslästerer, und dieser der ganzen Stadt ewige Verdammung zusichern für den Fall, daß er widerrufe.

Mit Geringschätzung nimmt der Märtyrer die Anerbietungen entgegen.

Die Geduld des Kardinals ist erschöpft.

In wütendem Zorn befiehlt er, dem Starrsinnigen die linke Hand abzuschlagen.

Trotzig hält der Verstümmelte darauf auch seine rechte Hand hin.

Und je größer die Qualen des Gefolterten, je entsetzlicher seine Leiden, um so lauter ertönt seine Proteststimme. Sie braust durch die Straßen, sie dringt durch die Wände der Gebäude, und sie ist noch weit hinter der Stadtmauer zu hören ...

Schweigig preist auf der Zinne des Kardinals. Er hat den Befehl, den Ketzer zu zwingen. Wegen was oder alles erfolgloses bleibt? Dem Inquisitor droht Ungnade beim Heiligen Vater und beim Kollegium der Kardinäle.

„Woher die unnatürliche Kraft?" wendet er sich an seine Umgebung. Niemand weiß Antwort zu geben; alle anderen hatten bisher gestanden, sobald sie der Folter unterworfen wurden.

Da tritt der Hofnarr, den der Kardinal immer mit sich führt aus dem Hintergrunde und bittet um die Erlaubnis, sprechen zu dürfen.

„Rede", befiehlt der Kardinal.

„Verstopfen Sie dem Widerspenstigen den Mund. Das Schweigen erleichtert die Leiden. Sie verdoppeln ihm seine Pein, wenn Sie ihm die Möglichkeit zum Schreien nehmen."

„Ein närrischer Rat! Wenn wir ihm den Mund schließen, dann wird er seine Sünde nicht bekennen, wird er seine Irrlehren nicht widerrufen können."

„Schweigen heißt gestehen!"

„Du bist gescheit, Narr!" rief freudig der Großinquisitor. „Dein Rat ist genial".

Der Rat des Narren wird sofort ausgeführt. Der Mundknebler ist angetreten, und die Knechte des Kerkers sind in einen Kreis im Rücken des Delinquenten zusammengerückt.

Und ob man den Ketzer jetzt an das Gerüst hängt, ob man ihn auf den Marterstuhl setzt und mit glühenden Zangen bezwingt — er schweigt.

Als aber das Volk nicht mehr seine Stimme vernimmt, schreit es plötzlich empor und kommt selbst zu schreien. Von dem Dach, auf den Gesimsen, von den Fenstern, von den Türmen der Häuser ertönt ein verzerrter, gewaltiger Schrei, der alles erzittern macht: „Widerrufe nicht! Gib nicht nach! Gestehe nicht!"

Und er gestand nicht. Zwar wurde er zum Schweigen gebracht, doch das Schreien der Menge erleichterte seine Qualen und gab ihm Mut.

Er starb unter den Händen der Henker.

Und nun erschütterte ein Donnerschrei, ein Schrei des Jubels die Luft: „Er hat nicht widerrufen! Er hat nicht gestanden! Nicht nachgegeben hat er!"

In finsterer Wut raufte sich der Kardinal das Haar.

Der Narr aber lacht schadenfroh: Das war sein Rat, der das ganze Volk zwang, seine Stimme zu erheben, weil man einst zum Schweigen brachte ...

## Noch wollen wir kämpfen

Von I. Turgenjew.

Welch geringfügige Kleinigkeit vermag doch zuweilen einen Menschen völlig umzustimmen.

Tief in Gedanken versunken, ging ich einst auf der Landstraße. Drückende Ahnungen lasteten auf meiner Brust; Mutlosigkeit hatte sich meiner bemächtigt.

Ich erhob den Kopf ... Vor mir, zwischen zwei Reihen hoher Pappeln lief der Weg schnurgerade in die Ferne.

Und darüber hin, über den diesen Weg, ging eine Schnecke vor mir, von der hellen Sonne goldig umstrahlt, hüpfte sie Gänsemarsch eine Spannsamlänge, so recht keck, vergnügt und unbesorgt.

Besonders einer von der Schar plumpste mit so verzwegten Quersprüngen einher, wählte sein Kräuschen und gewisserte so froh, gerade als schere er sich um keinen Zweifel! Ein Held! — Zoll für Zoll!

Und unterbestreifte hoch am Himmel ein Habicht, der vielleicht gerade die Bestimmung hatte, diesen Helden anzufreßen.

Ich sah mir das an, schüttelte mich vor Lachen — und augenblicklich waren die trüben Gedanken verflogen: Ich fühlte wieder Mut, Widerstandskraft.

Mag doch auch über meinem Haupte ein Habicht kreisen — Noch wollen wir kämpfen — Teufel auch! ...

# Deffentliche Volksversammlung der KAPD.

**am Freitag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr.**

**Thema:**

1. Was hat die Arbeiterklasse von einer Arbeiterregierung zu erwarten?
2. Diskussion.

**Proletarier, erscheint in Massen.** **S. Unterbezirk.**

## Werden und Wirken der Gewerkschaften

Zum 11. Deutschen Gewerkschaftskongreß in Leipzig.

VIII.

Die große Zahl der Illusionspolitiker ist ernstlich unzufrieden. Diese Tatsache ist keineswegs zu bestreiten, wenn sie auch nicht immer klar zutage kam, weil in der Mehrzahl der auf dem Kongreß anwesenden Gewerkschaftsführer durchaus nicht die Meinung ihrer Mitglieder vertrat. Die sogenannte Opposition, die Vertretung eben jener Richtung, die die alten Traditionen der Gewerkschaftsbewegung, d. h. die Illusion in bezug auf Klassenkampfgedanken hochhalten will, wächst zusehends. Und diesem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß sie verschiedene Fragen des ADGB. für gut und richtig hielt, trotz einer verhältnismäßig großen Mehrheit der Anhänger des Vorstandes im Lager der Opposition, aber wenigstens doch in Anlehnung an deren Gedankengänge entschieden wurden. Man hielt es jedenfalls für taktisch klug, einige Konzessionen zu machen, um nicht ganz und gar unter die Räder zu kommen. Es bereiten sich da vorläufig noch ganz im Innern versteckt — Dinge vor, die ganz ernsthaft die Frage der Spaltung der Gewerkschaften erneut aufrollen. Diesmal liegen die Dinge aber tiefer. Sie entspringen nicht etwa dem agitatorischen Bedürfnis irgend einer bestimmten Gruppe, sondern sie drängen ganz von selbst, sozusagen von unten herauf, ungewollt, einer Entscheidung zu, die bei den augenblicklichen Zersetzungserscheinungen nur nach einer Richtung hin erfolgen kann.

Die Zellentaktik der Kommunisten hat bisher keinerlei praktische Resultate zeitigen können, weil man sich einerseits vor der letzten Konsequenz scheute, nämlich eine bestimmte, zielklare Politik unter Umständen auch außerhalb der Gewerkschaften durchzuführen und andererseits, weil die Gewerkschaftsbeamten derartige „zerstörende Elemente" rücksichtslos bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ausschlossen. Aber was sich jetzt unter der Maske der „Industrieverbände" allmählich vorbereitet, ist geboren aus dem Instinkt der Massen heraus und sucht beharrlich nach einer bestimmten Form, um sich auswirken zu können. Abgesehen von den ungeheuren rein technischen Schwierigkeiten, die die Verwirklichung dieses Gedankens bei der überbureaukratischen Organisation der Gewerkschaften auslösen würde, ist diese Angelegenheit ohne weiteres dazu angetan, ihr Teil zu einer grundsätzlichen Klärung der nachpolitischen Verhältnisse innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beizutragen. Die Massen, um deren Gunst sich jeder drängt und kämpft, wollen mit ihrem Kampf um ein Stück Brot letzten Endes aber auch mit positiven Erfolge aufweisen können. Und wo diese Erfolge nicht nur immer und immer wieder ausbleiben, sondern darüber hinaus noch die Verelendung, man möchte bald sagen stündlich zunimmt, erwächst das Mißtrauen. Und wo das erst einmal vorhanden ist, ist der Boden bereitet für dauernde neue Illusionen. Der Unwille über die Arbeitsgemeinschaft steigert sich, und zwar derartig, daß die Erkenntnis zu dämmern beginnt, daß die Gewerkschaften in ihrer heutigen starren Form nicht einmal mehr geeignet sind, den berühmten Kampf um ein Stück Brot erfolgreich durchzuführen, und in demselben Augenblick sagt man dem Feind Phantom nach, den Industrieverbänden. Dieselben sind allerdings — wenn auch in einer wesentlich konzentrierteren Form — kaum mehr als ein Abklatsch der alten Gewerkschaften, nur daß sie dem vertrusteten Unternehmertum dem Zug der Zeit folgend, geschlossener und damit gleichzeitig auch praktischer entgegentreten können. Da aber der ADGB. auf Grund seiner Erfüllungspolitik an eine ruhigen Entwicklung der jeweiligen Verhandlungen ein wesentliches Interesse hat, stehen die Gegensätze dieser beiden Richtungen hart aufeinander.

IX.

In den Erläuterungen, die Leipart zu dem gedruckten Vorstandsbericht gab, suchte er selbstverständlich die Politik der leitenden Organe als die einzig mögliche hinzustellen. Dabei kam er auch auf die von den Gewerkschaften propagierten bekannten zehn Punkte zu sprechen und versuchte sich entschieden gegen die Auffassung, daß der Bundesvorstand jemals ernstlich daran gedacht habe, diese zehn Forderungen zu verwirklichen. Dieselben seien lediglich das Ziel, wohin sie streben kommen aber für die augenblicklichen Verhältnisse kaum in Frage. Ueber die Taktik zur Verwirklichung dieser artiger Forderungen äußerte er sich etwas spöttisch wörtlich:

„Bei den Beratungen mit den Parteien wie auch im Bundesvorstand ist die Frage erörtert worden, ob es möglich sei, mit außerparlamentarischen Mitteln die zehn Forderungen durchzusetzen. Man kam dabei stets zu der Erkenntnis, daß alle solche Aktionen — Versammlungen, Kundgebungen — doch schließlich in die parlamentarische Aktion einmünden, die durch sie kaum mehr wesentlich beeinflußt werden kann."

Am besten ist also, man macht gar nichts, die anderen werden schon für uns sorgen. In seinen ganzen Ausführungen auch nicht der geringste Hinweis auf Möglichkeiten, diese zehn Punkte durch solidarische Kampfvorbewegungen zu erzwingen. Es fehlte selbst die leiseste Begründung für irgend welche andere Ziele, als sich der ADGB. gesteckt hat, und auch nicht die geringste Spur von proletarischem Denken und Fühlen.

Das war selbst allen eingefleischten Gewerkschaftsbureaukraten zu viel. Man wies von verschiedenen Seiten mit allem Nachdruck darauf hin, daß diese zehn Forderungen keineswegs Utopien sind, sondern daß sie selbst mit dem mängelvollen Nachdruck der Arbeiterschaft alsbald durchgeführt werden können. Es wurde nebenbei darauf aufmerksam gemacht, daß zu den mildesten, sanftesten Mitteln vor allen Dingen gerade für solche Zwecke der Generalstreik gehöre. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen. Er lautet:

„Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß macht sich die von den Vorständen des ADGB. und der AfA. im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen, indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses heimerlei Berücksichtigung gefunden haben, betonte er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann.

Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfesmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden."

Der ADGB. soll demnach auch für neue Steuern eintreten, wenn etwas anderes ist ja die Erfassung der Sachwerte — dieser größten Schwindelparole des Jahrhunderts — nicht.

Außerdem wurden noch verschiedene andere, unwesentliche Anträge gegen den Brotwucher, für politische Amnestie usw. angenommen.

Von Belang ist aber auf alle Fälle die Frage des Austritts aus den Arbeitsgemeinschaften, die zwar eine knappe Mehrheit der Delegierten forderte, die aber dennoch abgelehnt wurde, da diese Delegierten nicht die Mehrzahl der Mitglieder vertraten. Immerhin hat aber der Vorstand durch dieses Abstimmungsergebnis eine scharfe Rüge für seine Politik erhalten. Noch schlimmer erging es ihm mit seinen einzig dastehenden Streikregeln, die einmütig abgelehnt und an den Bundesausschuß zurückverwiesen wurden. Diese Regeln hatten ebenfalls Richtlinien für die gegenrevolutionäre „Technische Nothilfe" sein können und sind ja auch nur zu dem Zweck ausgearbeitet worden, um die „Technische Nothilfe" durch gewerkschaftliche eiserne Disziplin unmöglich zu machen.

Zum Schluß wurde dem Bundesvorstand mit einer Dreiviertelmehrheit das Vertrauen ausgesprochen, Genosse wurde der Redakteur der Bertiebsräte-Zeitung, Dr. Strikker, trotz verschiedener sehr scharfer Angriffe, erneut in seinem Amt bestätigt.

X.

Das Ergebnis des Kongresses liegt für uns in der Erkenntnis, die während der Verhandlungen klar zutage getreten ist, daß die Gewerkschaften auf Grund ihrer rein kapitalistischen Einstellung unvermeidlich in den Zersetzungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einbezogen werden. Die Hilflosigkeit, mit der sie den praktischen Tagesfragen gegenüberstehen, und die Unmöglichkeit, ihren Mitgliedern auch nur die bescheidensten Lebensbedürfnisse zu erkämpfen, wird diesen Zersetzungsprozeß nur noch mehr beschleunigen. Schon jetzt wird unter den Mitgliedern in immer stärkerem Maße neue Gedankengänge auf, die alle auf der Illusion fußen, die Gewerkschaften noch einmal zu einer Macht des Proletariats umzuschmieden; Gedankengänge, die zwar auch nur solange eine bestimmte Anziehungskraft erzeugen können, wie sie rein theoretisch vertreten werden und die in der Praxis ebensowenig zum Ziel führen können, wie all die zahlreichen bisherigen Gewerkschaftsmethoden, die aber mit aller Schärfe darauf hinweisen, daß sich das Proletariat auf Grund seiner fürchterlichen Lage gesammelt, sieht, mit der Politik seiner Führer ernsthaft auseinanderzusetzen. Solange das nur geschieht, um die Wirkungen des heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Möglichkeit zu mildern, kann es keine Erfolge zeitigen, überwiegt die immer stärkere Ausbeutung zum Ausbau eben dieser kapitalistischen Wirtschaftsform unabwendbar ist. Erst wenn das Proletariat gewillt ist, sich von seinen ihm anerzogenen Illusionen frei zu machen und zur einzigen Waffe, die zu seiner Befreiung führt, dem rücksichtslosesten Klassenkampf Gebrauch macht, wird der Sieg auf seiner Seite sein. Und dieser Weg geht nur über die Zertrümmerung der Gewerkschaften.

## Massen und Führer

**Die Massen sind „noch nicht reif".**

„Alle bisherigen Revolutionen haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen zu Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsmittel, damit sie die Massen und Revolutionen nicht verraten."

Rosa Luxemburg.

**Borgen.**

Das Wort Borgen ist in einem völlig klaren, unzweideutigen Sinn in den Sprachgebrauch des deutschen Arbeiters übergegangen. Jedoch wird dieser den Arbeitern so klare Begriff in den Kämpfen, die das Proletariat um seiner selbst willen führen muß, je heftiger sich diese Kämpfe zuspitzen, umso eifriger entfaltet und verfälscht sich der Borgen. Deshalb müssen wir uns ein wenig mit diesem Begriff beschäftigen. Das Wort Borgen ist chinesischer oder japanischer Herkunft und bedeutet soviel wie Halbgott, dem Halbgottesthum, d. h. ein höheres Wesen, ein Mittelding der oberen Kaste, das mit den gewöhnlichen Menschenkindern nichts gemein hat.

Der Arbeiter hebt sich jedoch wenig an die sprachliche Herkunft dieses den ihm so oft gebrauchten Begriffen. Er hat es für diejenigen Arbeiterführer gemünzt, die sich — ob sie nun von Haus aus die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, oder hervorgegangen aus der Arbeiterklasse selbst durch häufigen Umgang mit Vertretern der herrschenden Klasse ihrer eigenen Verdummung entfremdet worden sind — dummsch dünken über den dummen Proleten. Die einen haben das Proletariat als solches verlassen, haben niemals Proletarierschicksal gefühlt, die anderen sind beim Schacher um sogenannte Vorteile für das Proletariat in Parlamenten und an den Verhandlungstischen der Arbeitgebergemeinschaften zu Bongen geworden.

Ich sah mir das an, schüttelte mich vor Lachen — und augenblicklich waren die trüben Gedanken verflogen: Ich fühlte wieder Mut, Widerstandskraft.

Mag doch auch über meinem Haupte ein Habicht kreisen — Noch wollen wir kämpfen — Teufel auch! ...

Erst der Weltkrieg, erst die Politik des 4. August begann weiten Arbeiterschichten die Augen zu öffnen. Die Frage „Massen und Führer" wurde akut. Statt jedoch nach den Ursachen des Bankrotts der alten Bewegung zu suchen, beschränkte man sich im allgemeinen darauf, die Führer des Verrats zu beschimpfen. Zu der Zeit erlangte auch das Wort Bonze das volle Bürgerrecht im Sprachgebrauch des deutschen Arbeiters.

Wo die Arbeiter gegen die Verräter zu Felde zogen, wandten sie sich in ihrer Kurzsichtigkeit gegen Personen und nicht gegen das System, das die Bonzen schuf, zu schaffen mußte. Der Aufbau der alten politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen

## Die Arbeiterregierung

„Tatsächlich wird die „rein sozialistische" Regierung wird die Gewerkschaftsregierung das unvermeidliche Ergebnis des Revolutionsprozesses feststellen und zu stabilisieren versuchen — nur in einem viel weiteren Entwicklungsstadium, wenn die Vorherrschaft der Bourgeoisie zerstört ist und die gewissen Gliedergruppen der Massen unter Vorherrschaft des Proletariats eingetreten ist; wenn nicht der ganze Kapitalprofit mehr zu erhalten ist, sondern nur seine weniger auffällige sozialpolitische Form; wenn nicht mehr der bürgerliche, sondern der proletarische Aufbau ernsthaft versucht wird, sei es auch mit ungenügenden Mitteln. Ihre Bedeutung ist also die einer letzten Zuflucht der bürgerlichen Klasse. Wenn die Bourgeoisie sich gegen den Aufbau der Massen auf der Linie Scheidemann-Henderson-Renaudel nicht mehr halten kann, zieht sie sich auf ihre letzte Zuflucht der bürgerlichen Sozialdemokratie zurück. Kann sie durch „Arbeiter" in einer bürgerlichen oder sozialistischen Regierung das Proletariat nicht mehr betrügen, so kann sie nur noch durch eine Regierung von Arbeiterorganisationen das Proletariat von seinen letzten revolutionären Zielen zurückzuhalten suchen, um so einen Teil ihrer Vorzugsstellung zu erhalten. Der Charakter einer solchen Regierung ist konterrevolutionär, insoweit sie die notwendige Entwicklung der Revolution zur völligen Zerstörung der bürgerlichen Welt und zum völligen Kommunismus von dem Verlassen seiner größten und nächsten Ziele zurückzuhalten sucht. Und diese Bestrebungen haben auch eine Bedeutung für das Verhalten der Kommunisten den genannten Gewerkschaftsvorbehalten gegenüber; alles, was dazu beiträgt, ihre Geschäftsfähigkeit und ihre Kraft zu stärken, fördert die Macht, die sich künftig dem Fortschreiten der Revolution in den Weg stellt.

Wenn der Kommunismus einen Kurs und prinzipiellen Kampf gegen diese politische Konzeptionen führt, ist er der Vertreter der lebendigen revolutionären Tendenzen im Proletariat. Dieselbe revolutionäre Aktion des Proletariats, die bedeutet, daß sie den bürgerlichen Machtapparat bricht, die Macht für die Herrschaft der Arbeiterbureaukratie öffnet, tritt die Massen zugleich zur Schaffung ihrer eigenen Organe, der Räte, die sofort die bureaukratische Machtbasis der Gewerkschaften in ihren Grundlagen unterwerfen. Der Aufbau des Sozialismus ist, geleitet der Kampf des Proletariats, die revolutionäre Form der Diktatur durch die revolutionäre Diktatur zu ersetzen. Aber bei der intensiven Arbeit, die alle die auffordernde Parole zur „Neuorganisation" der Wirtschaft erfordern, wird eine Führerkonzeption noch lange eine große Macht behalten können und die Tätigkeit der Massen, die Formen und Phasen der Entwicklung folgen einander noch nicht in der abstrakt-regelmäßigen Weise, wie wir sie logisch als Ausdruck verschiedener Reifegrade der Entwicklung hintereinander setzen, sondern lassen bekanntlich Zeit, verwischen und durchkreuzen sich ein Stück für Stück. Aber bei der Gesamtheit der Arbeiterklasse setzen entzückt. „Proletarische Revolutionen", sagte schon Marx, „kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen den Gegner niederzuringen, um ihm die neue Kraft aus der Erde sprießen und sich riesenhafter gegenüberstellen zu lassen wieder aufstehen ..." Die Mächte, die aus dem Proletariat selbst aufwachsen als Ausdruck seiner unzulänglichen Kraft, müssen im Prozeß der Entwicklung dieser Kraft — einer Entwicklung in Gegensätzen, also katastrophal, durch Kampf — überwunden werden. Im Aufsatz war die Tat, aber sie bildet nur den Anfang. Eine Herrschaft zu stürzen, erfordert einen klaggestellt einheitlichen Willens; aber nur die lebendige Einheit — die nur möglich ist durch die klare Einsicht — bringt das Ziel hervorbringen. Kraft kommt der Rückschlag, der keine Rückkehr der alten Herrscher ist, sondern eine neue Herrschaft in neuen Formen, mit neuen Personen und neuen Mittelpunkt. Jeder neue Phase der Revolution bringt eine neue Schicht noch unverbrauchter Führer als Vertreter bestimmter Organisationsformen an die Oberfläche, deren Beherrschung wieder eine höhere Stufe der Selbstbestimmung des Proletariats verlangt. Die Kraft des Proletariats ist nicht nur die jeweilige Kraft der einmaligen gewaltigen Tat, die den Feind niederschlägt, sondern die geistige Kraft, die die alte geistige Abhängigkeit überwindet und so mit starkem Griff festzuhalten weiß, was im Sturmangriff erobert wurde. Das Wachsthum dieser Kraft im Kampf und Niederlage der Revolution ist das Wachsthum der proletarischen Freiheit."

(Anton Pannekoek „Weltrevolution und kommunistische Taktik".)

faktisch entspricht der bürgerlichen Demokratie und trug in den veränderten Kampfbedingungen, vor die sich das Proletariat im Zeitalter des Imperialismus gestellt sah, nicht mehr Rechnung. Die Kapitalisten bauten ihre wirtschaftlichen und politischen Kampf- und Machtorganisationen (Unternehmerverbände, Kartelle, Trusts) schon im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege nicht nach dem Prinzip der bürgerlichen Demokratie, sondern nach dem der praktischen Zweckmäßigkeit auf.

Die Vertreter einer Bank oder eines Großbetriebs in einem Konzortium oder in einem Trust wurden von ihren Auftraggebern nur mit Mandaten von kurzer Dauer und ganz bestimmter allmeingültender Natur in diese Körperschaften entsandt. Es geschah, wenn ein solcher kapitalistischer Vertreter auch nur in einem Punkte von den Weisungen seiner Auftraggeber abwich, um sofort zurückberufen zu werden. Dasselbe galt auch für die Vertreter des Unternehmertums in den verschiedenen parlamentarischen, gesellschaftlichen Einflüssen und Interessensphären.

Wir sehen, dem Apparat der Diktatur der Kapitalistenklasse, deren Vertreter keine von den Weisungen der Auftraggeber abweichenden Entscheidungen treffen durften, standen die Mandatare der „demokratischen Arbeiterorganisationen" gegenüber, die alles besser wissen und trüdlichen Einsicht in jede Sache

# Freitag, 21. Juli, Abteilungsversammlungen in Groß-Berlin

Indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betonte er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann.

Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfesmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden."

Der ADGB. soll demnach auch für neue Steuern eintreten, denn etwas anderes ist ja die Erfassung der Sachwerte — dieser größten Schwindelparole des Jahrhunderts — nicht.

Außerdem wurden noch verschiedene andere, unwesentliche Anträge gegen den Brotwucher, für politische Amnestie usw. angenommen.

Von Belang ist aber auf alle Fälle die Frage des Austritts aus den Arbeitsgemeinschaften, die zwar eine knappe Mehrheit der Delegierten forderte, die aber dennoch abgelehnt wurde, da diese Delegierten nicht die Mehrzahl der Mitglieder vertraten. Immerhin hat aber der Vorstand durch dieses Abstimmungsergebnis eine scharfe Rüge für seine Politik erhalten. Noch schlimmer erging es ihm mit seinen einzig dastehenden Streikregeln, die einmütig abgelehnt und an den Bundesausschuß zurückverwiesen wurden. Diese Regeln hatten ebenfalls Richtlinien für die gegenrevolutionäre „Technische Nothilfe" sein können und sind ja auch nur zu dem Zweck ausgearbeitet worden, um die „Technische Nothilfe" durch gewerkschaftliche eiserne Disziplin unmöglich zu machen.

Zum Schluß wurde dem Bundesvorstand mit einer Dreiviertelmehrheit das Vertrauen ausgesprochen, Genosse wurde der Redakteur der Betriebsräte-Zeitung, Dr. Strikker, trotz verschiedener sehr scharfer Angriffe, erneut in seinem Amt bestätigt.

X.

Das Ergebnis des Kongresses liegt für uns in der Erkenntnis, die während der Verhandlungen klar zutage getreten ist, daß die Gewerkschaften auf Grund ihrer rein kapitalistischen Einstellung unweigerlich in den Zersetzungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einbezogen werden. Die Hilflosigkeit, mit der sie den praktischen Tagesfragen gegenüberstehen, und die Unmöglichkeit, ihren Mitgliedern auch nur die bescheidensten Lebensbedürfnisse zu erkämpfen, wird diesen Zersetzungsprozeß nur noch mehr beschleunigen. Schon jetzt wird unter den Mitgliedern in immer stärkerem Maße neue Gedankengänge auf, die alle auf der Illusion fußen, die Gewerkschaften noch einmal zu einer Macht des Proletariats umzuschmieden; Gedankengänge, die zwar auch nur solange eine bestimmte Anziehungskraft erzeugen können, wie sie rein theoretisch vertreten werden und die in der Praxis ebensowenig zum Ziel führen können, wie all die zahlreichen bisherigen Gewerkschaftsmethoden, die aber mit aller Schärfe darauf hinweisen, daß sich das Proletariat auf Grund seiner fürchterlichen Lage gesammelt, sieht, mit der Politik seiner Führer ernsthaft auseinanderzusetzen. Solange das nur geschieht, um die Wirkungen des heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Möglichkeit zu mildern, kann es keine Erfolge zeitigen, überwiegt die immer stärkere Ausbeutung zum Ausbau eben dieser kapitalistischen Wirtschaftsform unabwendbar ist. Erst wenn das Proletariat gewillt ist, sich von seinen ihm anerzogenen Illusionen frei zu machen und zur einzigen Waffe, die zu seiner Befreiung führt, dem rücksichtslosesten Klassenkampf Gebrauch macht, wird der Sieg auf seiner Seite sein. Und dieser Weg geht nur über die Zertrümmerung der Gewerkschaften.

## Massen und Führer

**Die Massen sind „noch nicht reif".**

„Alle bisherigen Revolutionen haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen zu Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsmittel, damit sie die Massen und Revolutionen nicht verraten."

Rosa Luxemburg.

**Borgen.**

Das Wort Bonze ist in einem völlig klaren, unzweideutigen Sinn in den Sprachgebrauch des deutschen Arbeiters übergegangen. Jedoch wird dieser den Arbeitern so klare Begriff in den Kämpfen, die das Proletariat um seiner selbst willen führen muß, je heftiger sich diese Kämpfe zuspitzen, umso eifriger entfaltet und verfälscht sich der Bonzen. Deshalb müssen wir uns ein wenig mit diesem Begriff beschäftigen. Das Wort Bonze ist chinesischer oder japanischer Herkunft und bedeutet soviel wie Halbgott, dem Halbgottesthum, d. h. ein höheres Wesen, ein Mittelding der oberen Kaste, das mit den gewöhnlichen Menschenkindern nichts gemein hat.

Der Arbeiter hebt sich jedoch wenig an die sprachliche Herkunft dieses den ihm so oft gebrauchten Begriffen. Er hat es für diejenigen Arbeiterführer gemünzt, die sich — ob sie nun von Haus aus die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, oder hervorgegangen aus der Arbeiterklasse selbst durch häufigen Umgang mit Vertretern der herrschenden Klasse ihrer eig

Die sozialen und wirtschaftlichen Katastrophen werden in den nächsten Monaten an Geschärfe nichts einbüßen. Die [illegible] Krise wird [illegible] weiter [illegible] werden. In einer solchen Situation ist es nicht gleichgültig, wie stark der in [illegible] Stellung befindliche Anteil der Arbeiterbewegung ist. Jedenfalls haben wir gar kein Interesse daran, durch eine zweideutige parlamentarische Taktik den Radikalisierungsprozeß der deutschen Arbeiterschaft zu verhindern. Dazu kommt noch, daß die in Betracht kommenden unabhängigen Politiker Breitscheid und Hilferding oder einer von ihnen wirklich nicht die Persönlichkeiten sind, um irgendwelchen besonderen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Kabinetts auszuüben.

Am besten freilich wäre es, wenn der Kabinettserweiterung nach links eine Erweiterung nach rechts entsprechen würde, die durch den Eintritt der Volkspartei herzustellen wäre. Aber für all diese Kraftmeiereien schwirrt die innerpolitische Atmosphäre immer noch nicht abgekühlt genug zu sein.

Paul Lensch.

Also, die Hauptsache der „praktischen Arbeit" ist, die „Erziehung" der Proletarier durch formvollendete Gestalten. Und das beste Mittel zur Niederhaltung des Proletariats ist, recht viel Parlamentieren. Geschrieben werden diejenigen, die einmal in der parlamentarischen Treibhausluft sind, doch nicht mehr, daß geht es ihnen ja viel zu gut. Solange die Arbeiterschaft jedoch nicht die Zehren daraus zieht, und den Schindern im Hippodrom und Arbeitsgemeinschaften nachläuft, solange wird es nur den Rohstoff bilden, aus dem die eigenen Peiniger hervorgehen.

## Die „Arbeiterwehren"

Dieses Schlagwort ist bereits in sehr vielen Gegenden zur Tat geworden. Von unserem Genossen in Halle wird uns berichtet, daß am Tage der Demonstrationen für die Republik die Ordnung mit Polizeiknüppeln verteidigt worden und die Besorgnis hatten, Verhaftungen vorzunehmen.

Die ganze Wucht richtete sich natürlich nicht gegen das Kapital, denn dies ist ja ausdrücklich zu beschützen, sondern gegen „Republikfeinde und Spitzel". Unter diese Rubrik wird natürlich alles eingereiht, was gegen diesen verbrecherischen Betrug ist.

So ist die Arbeiterpresse auf der rechten Seite, ihre eigenen Klassengenossen, die es wirklich ehrlich meinen und diesen Betrug erkannt haben, den Polizeischergen auszuliefern und in die Zuchthäuser zu bringen. Dieser Vorfall zeigt klar und deutlich die Ziele auf, die zur „Arbeiterregierung" führt. „Bewaffnung der gewerkschaftlichen Arbeiter zum Schutze dieser Regierung und ihrer Protektor, das ist der Sinn dieser „Arbeiterwehren".

Solange das Proletariat diese Ordnung, die für die Arbeiterklasse die Ordnung der Galeere ist, schützt, solange wird ihr „Kampf" eben eine Farce bleiben, zum Gaudium ihrer „Führer".

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Die „sogenannte" Gewerkschaftsfrage

Unter dieser Ueberschrift ist in der Wochenbeilage vom 15. Juli der „Roten Fahne": Taktik und Organisation", ein Artikel von Maslow zum Umsturzgesetz erschienen.

Die verschärfte Diskussion über die „Gewerkschaftsfrage" in der KPD. veranlaßt ihn, den „Oppositionellen" erbittlich den Marsch zu blasen.

Vorweg gesagt, dieser Artikel kennzeichnet so richtig die ganze „Verwirrung" der KPD. in ihrer Gewerkschaftstaktik. Maslow sucht aus dem Sammelurium von Konfusion, was er selbst zugibt, in der KPD. vier „besondere Fragen" heraus und stellt fest, daß nur eine davon in der Tat geklärt werden muß, und zwar: was geschieht mit den aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen. Er klärt diese Frage so, daß die Partei, die revolutionären Gruppen und auch die „Gelsenkirchener Union" für Wiedereinsetzung eine aktive Arbeit zu unternehmen haben.

Zu nichtet die „Gelsenkirchener Union" sich bestir einsetzen wird, Mitglieder der Gewerkschaft zuzutreiben, müssen wir schon der Entwicklung der Gelsenkirchener überlassen, die nach Maslow (und darin hat er wohl einmal das richtige getroffen) nicht um ein Haar „revolutionärer" wie der alte Bergarbeiterverband ist. Wörtlich schreibt er: „Sie hat dort eine Mitgliedschaft, die sich weiter und zum Teil autonomistisch ist, die die alten Bergarbeiterverbandsmitglieder ist existiert noch vorhanden, und die KPD. hat sie hinzugewonnen, als etwas, das existiert."

Die drei anderen Fragen bedürfen für Maslow keiner Diskussion mehr, denn „die eine Frage, daß Parteigenossen und besonders Funktionäre nicht in den Gewerkschaften bleiben wollen, erledigt sich wie „Parteidisziplin" und meint, daß man mit diesen Genossen durch gründliche Aussprache zu einer Einigung kommen kann.

„Aber nachgeben kann und wird die Partei in diesen Fragen nicht."

Wir sagen diesen Genossen: Eine Parteidisziplin, die in einer bestimmten Frage mit der innersten Ueberzeugung nicht mehr in Einklang zu bringen ist, erfordert eine „konsequente Stellung": Heraus aus dieser Disziplin!

Die andere Frage:

„Solche Genossen, die bei manchen Arbeitern Gewerkschaftsmüdigkeit erkennen, diese Erscheinung verallgemeinern und schreien: „Wir werden die Gewerkschaften „hoch" nicht erobern", ist — nach Maslow — für die Kommunisten seit Jahren entschieden. Diese Genossen „übersehen", was die KAPD.-Leute 1918 und 1919 bis zum Ueberdruß erlebteten. Wir können nur, daß Maslow feststellt: in der KPD. sind diese Genossen, bei denen die Propaganda der KAPD. Fuß gefaßt hat; und wird es unsere Aufgabe sein, mit erhöhter Propaganda dafür zu sorgen, daß alle diese Genossen erkennen, wohin die „Eroberung" der Gewerkschaften führt.

Maslow kann nur noch an diesen Genossen die Resolution, der KAPD. an, die in ihrer ganzen Länge die „weise" Feststellung enthält: „Eroberung der Gewerkschaften heißt Eroberung der Arbeitermassen."

Die führen hierzu nur die „Kapers und Lenze" an.

Die letzte Frage: sollte, die ganz nicht allen sagen: „Heraus aus den Gewerkschaften", aber die Union (Gelsenkirchener) als einzige RGO., unabhängigen Organisation, anerkennen und damit indirekt zum Austritt aus den Gewerkschaften auffordern", beantwortet M. damit, daß mit diesen Genossen, insbesondere in Berlin, Fraktion gerechnet wird, da ihre Tätigkeit direkt parteischädigend ist.

„Wir haben weiter oben schon festgestellt „mit Maslow, was die „Gelsenkirchener Union" bedeutet und führen auch noch „mit Maslow" an, daß hierfür sich der Kampf, verpflichtet hat, jede Propaganda für den Austritt aus den Gewerkschaften aufzugeben. Hinzuzufügen wollen wir noch, daß die „Gelsenkirchener Union", anläßlich der Demonstration zum Rathenaumord in der „Roten Fahne" aufgerufen hat zum Schutze der Republik.

Die Frage der Zerstörung der Gewerkschaften wird [illegible] in den nächsten Zeit in ein neues Stadium treten, wenn die Zuchthaus-, Schlichtungs- und Arbeitszeitgesetze ihre volle Auswirkung erhalten.

Dann werden alle Manöver und Parolen der „vielen Maslows" nicht mehr langen, die Proletarier noch länger mit „Revolutionierung der Gewerkschaften" zu ködern und die Aufgabe der KPD. und KAU. muß es sein, den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen: Nur die völlige Herrschaftsmacht der Gewerkschaften macht die Bahn frei für die Zusammenfassung des Proletariats als Klasse zum einheitlichen Kampf gegen „Demokratie und Republik und zum Sturze des Kapitalismus".

Was die Führer der KPD. den Mitgliedschaften bieten, zeigt folgende Verschärfung, die ebenfalls in dieser „Roten Fahne" erschienen ist. „Wenn die Mitglieder der KPD. dies hinnehmen, so ist allerdings Hopfen und Malz verloren. Unter der Stichwörter: „Eine Reise auf dem Mond", leitet sich da ein ganz „disziplinierter" folgende Provokation:

„Mitgliederversammlung. Stürmische Verlangen nach einer ausführlichen Debatte über die „Gewerkschaftsfrage". — Nun, welche Gewerkschaftsfrage??

1. Redner: Die Gewerkschaftsbonzen — mit denen ist nicht fertig zu werden.

2. Redner: Die Gewerkschaftsbonzen wollen nur höhere Beiträge haben.

3. Redner: Die Gewerkschaftsbonzen wickeln uns immer ein.

4. Redner: Die Gewerkschaftsbonzen sind sehr faul.

5. Redner: Zur Geschäftsordnung: Nur die Männer aus den Betrieben sollen reden. (Stürmische Zustimmung. — Antrag angenommen.)

6. Redner (ein Bubiser): Alle Arbeiter sind für den Austritt aus den Gewerkschaften. Die Stimmung im Betrieb ist fürchtlich gegen die Bonzen (Bei ihm in der Bude!).

7. Redner (ein Bubiser): Alle Genossen, mit der Gewerkschaftsfrage muß endlich Schluß gemacht werden. Das wichtigste ist: was geschieht mit den Ausgeschlossenen (aus dem Friseurladen?)?

8. Redner: Unsere besten Funktionäre sind nicht in der Gewerkschaft drin und wollen auch nicht reingehen, eher gehen sie aus der Partei, und sie haben sie auch recht; denn die Gewerkschaftsbonzen sind Verräter.

9. Redner: Also, Genossen, ich bin ja dafür, daß man in der Gewerkschaft arbeitet, aber ich habe vor einem Jahr mein Mitgliedsbuch auch in die Ecke geschmissen, und wenn man mich zwingen will, wieder in den Verband einzutreten, schmeiße ich auch meine Funktion in die Ecke, und wenn ich meine Funktion hinschmeiße, muß ich auch aus der Partei raus — das ist doch logisch. Also ich sage: Man soll uns die Arbeit nicht so erschweren mit solchen unsinnigen Beschlüssen, das hat keinen Sinn und die Gewerkschaftsfrage ist sehr wichtig.

10. Redner verlangt, daß die nächste Mitgliederversammlung wieder über die Gewerkschaftsfrage zu debattieren hat.

Schluß der Versammlung 12 Uhr 45 Minuten."

## Völlige Einmütigkeit

Zur Zeit finden in allen deutschen Gauen die Verbandstage statt. Mit viel Tam-Tam wird während eines jeden Verbandstages von der „Roten Fahne" die „Glücke" der Opposition gepriesen, und deren Zielstrebigkeit hervorgehoben. Einen klassischen Beweis der Stärke und Zielklarheit dieser Gewerkschaftsopposition lieferte der Verbandstag der Fabrikarbeiter, dessen fortschrittlicher Bericht „Hauptsächlich der eingeschlossenen Gewerkschaftsfraktion ist. Während auf den 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wenigstens noch dem Mut aufbrachte, diesem Bericht etwas zu sagen, berichtet die „Rote Fahne" vom Verbandstag vom 13. Juli über den Verbandstag der Fabrikarbeiter wie folgt:

„Eine Diskussion über den Referat Brejs fand nicht statt. Der vollkommen falschen Darstellung Brejs über das Wesen einer Industrieorganisation ist es gelungen, die gesamte Gewerkschaftsopposition einschließlich unserer Genossen zu überlisten, denn die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Beschlossen wurde ferner, eine Unterstützungskasse für Verbandsmitglieder einzurichten.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und Kontrollausschusses."

Die „Opposition" zog es vor, die Bismarck durch ihre Kanaillen nicht noch zu verärgern und schwieg. In diesem Sinne also — auch ein „Erfolg".

## Die Wahlen im Metallarbeiterverband

Der „Vorwärts" meldet:

Ziehen gewaltig.

Nach dem die gegen 11 Uhr abends vorliegenden Resultat, wobei die Ergebnisse aus 10 Wahlbezirken noch ausstanden, die aber an den Endergebnis nichts mehr ändern, wurden abgegeben für Ziehe 30 508 Stimmen, für Wolcheß 25 717 Stimmen. Somit ist Ziehe gewählt.

Welcher ein Erfolg der Zentralrohrl, das allerdings darin besteht, daß einer noch nicht völlig hat, seinen Bankerott zu erklären. — Wer es kommen ist noch vor Wahlen und die bahn, wird man „aus den Fehlern lernen".

# Ausland

## In Amerika streiken 2½ Millionen Arbeiter

Das offizielle Organ des Eisenbahnerverbandes erklärt, daß gegenwärtig über 2½ Millionen Eisenbahner der Streikparole Folge geleistet haben.

Der Streik der 400 000 Kohlenarbeiter, sowie der 600 000 Textilarbeiter dauert fort.

Die Regierung bereitet die schärfsten Maßnahmen vor: Militarisierung der Eisenbahnen, Bildung der Bahnkörper, Einsetzung einer Technischen Notlitze, Zwangsmaßnahmen gegen die Streikenden. (Die Meldung der Wolff-Agentur über Abbruch des Kohlenstreiks hat sich als Falschmeldung erwiesen.)

Der gegenwärtige Kampf ist die bisher größte Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Amerika.

## Vergeßt die politischen Gefangenen nicht!

Sendet Geld an die R. H. A.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 116 493 Karl Andriesen, Berlin O34

# Aus der Union

## Vergebliches Bemühen

Die um Gach und Kantorien bescherten sich in einer Erklärung, die sie in einem „Kampfruf" betitelten Blatt, eine sehr scheinbare Abfuhrung ist, verständlich. Aber unsere Bestimmung. In Nr. 3 bleibt es jedoch nicht mehr bei einer Erklärung, sondern da werden für den Betrieb, der ihnen noch nicht paßt, Anweisungen gegeben, wie man „Disziplin" übt. Die Hälfte dieses über zwei Spalten langen Manövers ist die übliche „sachliche" Auseinandersetzung mit uns, auf die wir nicht eingehen. Bedauert, weil diese Genossen sich selbst genügend entlarven, indem es dort im Heftchen heißt: „Wenn andere meinen, die Vorgänge in der KAU. seien ein großes Diskussionsthema."

Da wir zugeben, daß unsere Disziplin nicht so weit reicht, um einem eben der Schulbank entlaufenen Bourgeoissöhnchen Unsinn nachzureden, ist die Sache zu erledigt. Ein zweiter Punkt ist der, daß sie den übrigen Mitgliedern raten, jeden Gedanken von ihnen zu Ende zu denken. Dieser Versuch begann bereits in Mitteldeutschland, wo einige Ortsgruppen entdeckten, daß dieser Gedankengang „bei sie tatsächlich zu Ende dachten", zur Einheitsorganisation führt. Man mußte also auch hier dafür sorgen, „nicht zu Ende zu denken". Da das trotzdem geschah, erfolgte der Bruch von dem letzten Rest.

### Spandau.

Die Spandauer Genossen haben in ihrer letzten Mitgliederversammlung nun die Probe aufs Exempel gemacht und wollten wirklich sachliche Argumente gegen uns hören. Darob großes Geschrei. Es zeigte sich sofort, das nicht wir, sondern gerade jene die Auseinandersetzung fürchteten — wie sagen, mit Recht.

Angesichts dieser Tatsache zogen es die übrigen Genossen vor, die Brücken abzubrechen. Der Delegierte zur Reichskonferenz dieser Seite betrat schon einen Gleichlaut auf der Reichskonferenz selbst. Der kritische Sinn dieser Genossen war nicht dazu angetan, sich auf die Dauer zu Ende zu denken. Es entstand die Gruppe „Genossen hat mit Spandau gefreden zu geben. Es gelang ihnen, die „Disziplinbedürftigen", im Gegensatz zu Hoyerswerda, die „die Gedanken zu Ende dachten".

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß von den „Reformisten" seit der letzten Tagung von Spandau keiner hört umsonst war und die Wahrheit trotz allebem siegt. Die Genossen von Spandau, die noch nicht wo zur KAPD. und KAU. sich bekennen, möchten sich an folgende Adresse wenden: Union Schriftverlag, Spandau, Wolfenbrüh 7 II.

### Denkfehlerberichtigung.

In Nr. 49 der „RA." hat sich auf der ersten Seite ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. In dem Artikel: „Was nun", heißt es im letzten Absatz: „Der Klassenkampf des Proletariats hat jedoch zur Voraussetzung, wenn er keine Farce sein soll, die Trennung von der Arbeiterklasse". Es muß selbstverständlich lauten: „Die Trennung der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie", wie im Zusammenhange ja auch ersichtlich ist.

# Mitteilungen

## Unterstützt eure Presse!

Die letzte Preiserhöhung, die erhöhten Anzeigenpreise und die Umstellung auf wöchentlich abwechselnd 40 Prozent. Wenn nur die Herstellungskosten gedeckt würden, müßte die „RA." wiederum eine abermalige enorme Erhöhung des Abonnementspreises vornehmen.

Genossen! unsere Propaganda muß auf eine Minimum eingeschränkt werden, wenn heut die „RA." ist im Preise nicht bezahlbar bleiben soll die Sterbe Zeitung. Jetzt das Werk, das bei anderen Zeitungen heute Inserate ausgeführt wird, muß auch bei uns ebenfalls ausgeführt werden, soll die „RA." erhalten bleiben.

Da wir diesen Monat eine neue Preiserhöhung im Abonnement nicht vermeiden können, müssen wir an unsere Genossen und an unsere Leser appellieren, die „RA." durch freiwillige Beiträge zu unterstützen.

An unsere Mitglieder appellieren wir, zu den auf der Groß-Berliner Funktionärversammlung gefaßten Beschluß sofort Stellung zu nehmen, damit wir nicht in außerordentliche Schwierigkeiten geraten.

Halten eure Zeitung wach!

Sammelt für die Pressefonds!

Die ehemaligen Genossen Jahnke und Kleine sind aus der Partei ausgeschlossen.

8. Bezirk. Die Mitgliederversammlung der Partei des 8. Bezirks findet diesmal nicht Freitag, den 21. Juli im alten Lokal statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Ottmann

Kommunistische Arbeiterjugend, Gruppe Norden:

Am Dienstag, den 25. Juli 1922, abends 7 Uhr,

öffentlicher Gruppenabend.

Thema: Die Entwicklung in Sowjetrußland und die Weltrevolution.

Tagungsort: Schule, Sonnenburger Straße 20, Kinderbettzimmer.

Genossen! Recht rege Propagandat

## Wichtige Neuerscheinungen.

(Rote Freiheitsbriefe.)

M. Philipp Price: Die russische Revolution, Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919, broch. 18 M., geb. 35 M.

Barge: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, ern. neueste Aufl. 12 M.

Die russische Revolution und die Kommunistische Partei. 3 M.

R. Kerisk: Quintessenz des Marxismus, gemeinverständliche Darlegung, broschiert 5,50 M.

Bauphacker: Marx und Bakunin, brosch. 50 M.

A. Kersch: Kerzenuhr der materialistischen Geschichtsauffassung, broschiert 16 M.

Kaiser: Marx und Engels, brosch. 5 M.

Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Die Hochstraße.

Postscheckkonto: Berlin 40 020.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Giers Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roser, Berlin, Alexanderstraße 110.

3. Jahrg. Nr. 51. Preis 3 M.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 6 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 40020

Abonnementspreis für Groß-Berlin 25 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 32.— M. monatlich, nach dem Ausland 60.— M. monatlich.

## „Arbeitsgemeinschaften" und „Einheitsfront"

„Ich gehöre zur Partei der Revolution, nicht nur in Frankreich, sondern in Europa. Ich wünsche, daß die Regierung immer in gesetzlichen Schranken bleiben möge; ... aber sollte diese Regierung in die Hände heftiger Leute fallen, selbst in die von Radikalen, so werde ich darum meine Sache nicht im Stich lassen. Ich werde immer zur Partei der Revolution gehören."

Mit diesen Worten dürfte die KPD. und ihre Politik gekennzeichnet sein. Denn sie selbst bekennt sich mit Stolz zu diesem Grundsatz. Es ist nur schade, daß diese Weisheit schon früher gebrandmarkt ist als das, was sie wirklich ist: „als das Produkt einer Zwergmißgeburt" und „als der vollendetste geistige Ausdruck der Klassenverderbtheit der Bourgeoisie". Diese Rolle, die Thiers während der französischen Revolution spielte, und dem Karl Marx in den „Klassenkämpfen in Frankreich" die Maske vom Gesicht riß, haben insofern eine sehr große Bedeutung, weil nicht nur diese Figuren immer wieder erneut unschädlich gemacht werden müssen, sondern weil die heutige Situation, mit ihrer parlamentarischen Republik, jenem anonymen Zwischenreich, in dem alle die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen miteinander konspirierten zur Unterdrückung des Volkes, und gegeneinander, jede zur Wiederherstellung ihrer eigenen Monarchie", wie Karl Marx ebendaselbst die Situation nach der Niederlage der Revolution von 1870 schildert, auf einer größeren Stufenleiter, oder in ihren Grundzügen dieselbe ist.

Die „Einheitsfront", bei der alle Zuhälter der demokratischen Republik ihre Geschäfte machen wollen, sie ist wieder einmal geplatzt. Die USPD., die politisch und organisatorisch zwischen dem Tode gemeint war, sie hat die Situation ausgenützt, die Gesetzlichkeit beim Schopfe gefaßt. Eine Partei, die die USPD., ist natürlich restlos einem Führerklüngel preisgegeben. Der Schritt, den diese Führer taten, ist reaktionär und entspricht ihrem inneren Bedürfnis. Sie wollen Ruhe haben, sie wollen herrschen, leben. Sie verewigten sich mit denen, die etwas zu vergeben haben. Eine Arbeiterschaft, die in einer solchen Partei organisiert ist, sie ist eben nicht fähig, an diesem Schicksal etwas zu ändern. Wo sie sich hinbewegt, ob nach links oder nach rechts, überall bleibt sie in den Krallen dieser Clique dabeim, daß der gewerkschaftliche Machtapparat in den Händen derselben Clique ist. Sie wird — bis auf einen aufgeregten Rest, der hilflos und schimpfend im Gelände umherirrt — sich vorderhand fügen.

Für die USP. war eine Möglichkeit für ihre weitere Existenz auch in politischer Hinsicht nicht mehr vorhanden. Die positivistische Note, die ihr während des Krieges anhaftete, indet ihren Wirkungskreis nicht mehr außerhalb der demokratischen Republik, sondern ist in ihrem Innern zum impotentistisch-bürgerlichen Lügenjumpf. Diejenigen Proletarier, die aus reiner Organisationsspielerei nun ihre Partei halten wollen, sie haben keine Grundlage, kein Fundament mehr unter den Füßen. Die „völkerbefreiende Sozialdemokratie" ist wieder da. Die Einigungskampagne führte zur Arbeitsgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft der Führer führt zur organisatorischen Verschmelzung. Die ganze Kampagne hatte — wenn auch in reaktionärer Hinsicht — durch die geschickte Ausnützung der Situation von seiten der Parlamentarier wenigstens einen Sinn, und Schärfe Klärung.

Aber nicht nur die SPD. und USPD. wollten bei diesem Massengeschäft profitieren. Am lautesten schrie und schreit noch jetzt die KPD. Sie schrie am lautesten während der Kampagne, daß jene die Einigung nicht wollen. Sie verschriete am 1. Mai auf eine selbständige Auffassung. Sie tieß — als Partei der Revolution" — von den anderen uns ins Schlepptau nehmen, um ihr Ziel, die „Massen" zu leiten. Sie unterschrieb das Berliner Abkommen, das sich an dem angenommenen Zuchthausgesetz besonders nicht unterscheidet, weil man mit diesen Paragraphen Proletarier eine jede juristische Schwierigkeit im Zuchthaus bringen kann. Jetzt, nachdem sie von dem gerissenen Kunkurrenten erst endlich kompromittiert ist und nun heran gelungenen Streich bemerkt, entdeckt sie wieder einmal, daß die Einigung darin besteht, daß ihre Parolen, die sie die jetzt gerade im Interesse der „Einigung" verschwiegen, die Begleitmusik bilden sollen, und daß, weil nur diese Parolen die Einigungsgrundlagen bilden können, man eben in die KPD. kommen müsse.

Es ist interessant, die Erklärung, die diese Partei im Reichstag abgab, zu lesen, und sie mit dem Entwurf zu vergleichen. Einige Proben dürften genügen:

Nicht verboten ist das Waffentragen außerhalb des Dienstes.

Nicht verboten ist das Auftreten ehemaliger Offiziere.

Nicht untersagt ist die weitere Ernennung von Reserveoffizieren.

Nicht erfüllt ist die Forderung, daß der Staatsgerichtshof in Berlin seinen Sitz hat und seine Kammern aus je einem Berufs- und sechs Laienrichtern bestehen.

Nicht erfüllt ist die Forderung der Uebertragung der Anklageerhebung an einen republikanischen Reichskommissar.

Nicht erfüllt ist die Forderung der Schaffung einer durchgreifenden Reichsgerichtsstütze.

Nicht verboten ist die monarchistische und antirepublikanische Agitation in Wort, Bild und Schrift.

Nicht verboten und nicht aufgelöst werden durch diese Gesetze alle monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Die KPD. spekuliert in ihrer Hilfslosigkeit anscheinend darauf, daß die Proletarier nicht lesen, denn §§ 4 und 5 des Schandgesetzes lauten:

4. Wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt oder sie unterhält, wenn sie den Zweck hat, die verfassungsmäßige republikanische Staatsform zu untergraben;

5. Wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen.

6. Wer von dem Vorhandensein eines verborgenen Waffen- oder Munitionslagers, Geschützes, Minenwerfers, Flammenwerfers, Maschinengewehres oder einer verborgenen Maschinengewehrpistole Kenntnis hat und es unterläßt, hiervon der Behörde unverzüglich Kenntnis zu geben. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus, daneben Geldstrafen bis 5 Millionen Mark."

Dieser Gaunertrick „Halte den Dieb" dürfte bei den Proletariern, die noch nicht ganz verdöbbet sind, nicht mehr verfangen. Die Wünsche der KPD., jede antirepublikanische Propaganda zu verbieten, sind für die herrschende Klasse eine Lebensnotwendigkeit. Die KPD. hat ihr Ziel sehr wohl erreicht und hat sich für einen Augenblick gmat, aber so deutlich entlarvt, daß es mehr als genügt. Wenn eine kommunistische Partei den Kommunismus verbietet — mit kennen sie jetzt keinen kapitalistisch-republikanischen Kommunismus — so hat sie damit gezeigt, daß sie dieser Zwergmißgeburt eines Thiers, den Marx als den vollendetsten geistigen Ausdruck der Klassenverderbtheit der Bourgeoisie bezeichnet, in nichts nachsteht.

Die USPD. war das Produkt einer bestimmten Epoche. Aber sie war Ausdruck und Gesicht eines Teiles des deutschen Proletariats. Die Folgen des Zusammenbruches waren noch nicht brutal genug, um die Geister der Vergangenheit aus den Hirnen dieses Proletariats auszurotten. Sie fanden noch nicht die geistige Kraft, um sich selbst zu überwinden, und erlagen in ihrer Schwäche noch einmal der Phrase des Einigkeitsrummels. Erst ein neues wirtschaftliches Ungewitter, multiplizieres Elend, die sie zur Rebellion treibt, und die Gewerkschaften zwingt, sich immer mehr zu entlarven, wird ihre Kraft von neuem beflügeln und sie vorwärts treiben.

In diesem ihrem Kampfe, um sich selbst als Klassenkämpfer zu reproduzieren, holen sie auf ein Schmarotzertum, das die USP. an geistiger Korruption weit in den Schatten stellt. Die USP. hat sich wohl grausam verhöhnt, sie nannte sich die Bannerträgerin des Sozialismus und verschaffert das Banner um ein paar Futtertrippen. Aber sie hat sich wenigstens nicht selbst verdaten. Sie hat vielmehr mit der Unterschrift unter das „Berliner Abkommen" die Konsequenz gezogen und sich selbst aufgegeben. Die KPD. jedoch, die jetzt das Erbe der USP. antreten will in einer Epoche, wo diejenige Partei, die aus den deutschen Arbeitern entstand verschwindet und von der Geschichte auf den Schandbanger geworfen wird, ist ein Fremdkörper, der von den letzten Phrasen und dem Geld der russischen Machthaber, die den Kredit der russischen Revolution, die längst liquidiert ist, für ihre konterrevolutionären Zwecke mißbrauchen. Die dem um seine Befreiung ringenden Proletariat in einer widerlichen Skandalpropaganda seine Feinde in allen Farben zeigen und jedem, der sich auf sein Klasseninteresse besinnt anbrüllen:

Es gibt keine Gewerkschaftsfrage", besonders, weil zur Schikanen Phrase die konterrevolutionäre Tat kommen muß, soll die Ruhe, die Rußland braucht, gewährleistet werden.

Für die „Bannerträgerin", der Partei der „Bennkerung" kommt neuer Erlaß, mehr als Erlaß. Es ist eine Lebensfrage für die deutsche Revolution und das deutsche Proletariat aus dem Betrug der Einheitsfront wenigstens zu lernen, das die begionende Klärung nicht unterbrochen werden darf von einer Partei, die nur der Ausdruck des versaufenden kapitalistischen Kadavers ist.

Die Diktatur des Proletariats wird „erst aufzurollen haben mit denen, die sich zur Aufgabe setzen, den Kommunismus zu blockerdieren und seinen Namen zu schänden. Die Gewerkschaften sind noch Spannungsfeld gesellschaftlicher als die Organisation, wo jedoch noch geschrieben ist, das dürfte unschwer zu erraten sein.

## Zusammenbruch der Erfüllungspolitik

Die Deutsche Regierung hat sich in den letzten Tagen außerstande erklärt, Zahlungen, die ihr durch die Entscheidung der Reparationskommission aufgegeben sind, über 15. Juli hinaus zu leisten und hat ein Stundungsgesuch an die Kommission gerichtet. Diese Bankerotterklärung fällt gleichzeitig in die durch die Ermordung Rathenaus geschaffene übige politische Atmosphäre. Es ist ganz charakteristisch, daß gegenüber den innenpolitischen Auseinandersetzungen das Interesse für die weitere Entwicklung der Erfüllungsfrage zurückgeblieben ist. Das deutsche Kapital will sich vor allem konsolidieren und eine einheitliche Front gegen die Anforderungen der Entente schaffen. Die bisherigen Gegensätze zwischen Industrie- und Finanz-Kapital bezüglich der Außenpolitik sind im Laufe der Entwicklung der Erfüllungspolitik verschwunden. Die bisher betriebenen Sonderbestrebungen, die Trennung des rheinischen Industriegebietes vom Deutschen Reich und die Schaffung einer Donau-Föderation haben aufgehört. Es kommt dem deutschen Kapital nun nur noch darauf an, die Arbeitschaft, welche bisher in ihrer Masse der Republik feindlich gegenüberstand, zu dieser Einheitsfront zu schlagen. Dieser Plan ist nunmehr in Erfüllung gegangen. Dadurch, daß das deutsche Kapital in Erkenntnis seiner militärischen Schwäche auf eine militärisch orientierte Außenpolitik verzichtet hat, hat es auch die in der MSPD. vereinigten pazifistischen Arbeiter für sich gewonnen. Bisher zwangen die Gewerkschaften in Verbindung mit dem Finanz-Kapital die für die Erfüllungspolitik eintretende kapitalistische Gruppe zur Unterwerfung unter das Diktat der Entente. Diese Unterstützung der herrschenden kapitalistischen Klasse durch die Gewerkschaften fällt in der jetzt geschaffenen Einheitsfront zwischen Industrie- und Finanz-Kapital fort. Das Kapital sieht deshalb der jetzigen Krise in der Erfüllungspolitik ruhig gegenüber. Es kann mit Geduld die Entscheidung in der Reparationsfrage abwarten. Durch den ungeheuren Marksturz ist die Gefahr der abnehmenden Konkurrenz-Fähigkeit auf dem Weltmarkte für das erste behoben. Es werden im Gegenteil große Aufträge für die Industrie erwartet. Demgemäß wird auch die deutsche Wirtschaft wohl beschäftigt sein. Innere Unruhen sind nach ihrer Berechnung nicht zu erwarten. Das Gesetz zum Schutze der Republik hat dem deutschen Kapital mit Zustimmung der in der SPD. und USPD. vereinigten Arbeiterschaft eine Handhabe gegeben, welche geeignet ist, eine Erregung der Arbeiterschaft durch Unruhen von rechts zu verwerfen. Mit einer revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft rechnet das Kapital nach den Erfahrungen des letzten Jahres nicht mehr, nachdem es sich in Verbindung der Harmlosigkeit der kommunistischen Partei überzeugt hat.

Vorläufig ist das deutsche Kapital von jeder Zahlung für die nächsten Monate befreit. Wie stark der Sturz der Mark auf die Preise im Inlande gewirkt hat, zeigt die Steigerung der Großhandels-Indexziffern. Anfang Juni war der Stand 7841 und stieg im Anfang Juli auf 9140, dabei wurden die Preise von 1914 mit 100 zugrunde gelegt. Bei der Aufwärtsbewegung der Preise bis Anfang Juli haben einen besonders starken Anteil Lebens- und Genußmittel gehabt. Die Textil- und Lederwaren sind in fast gleicher Weise gestiegen. Die Indexziffern für die erste Gruppe ist im Juni 6967 und im Juli 8323, während die zweite Gruppe einer Erhöhung von 11884 auf 13958 aufweist. Eine entsprechende Lohnentwicklung ist bisher nicht erfolgt, so daß das deutsche Kapital aus der Entwertung der Mark einen ungeheuren Nutzen gezogen hat. Der Dollarkurs ist von Mitte 1920 in dem er 285 stand, auf etwa 500 im Juli gestiegen. Bei den sehr erheblichen Guthaben, welche das deutsche Kapital angehäuft hat, bedeutet dies eine ungeheure Gewinnmöglichkeit. Der Druck der deutschen Wirtschaft auf das Ausland ist durch sehr stark; besonders das englische Kapital befürchtet in die Wirtschaftskrise mit hineingezogen zu werden. Seine Hoffnung auf einen europäischen Wiederaufbau ist so gescheitert. Es macht daher alle Anstrengungen, einen entscheidenden Einfluß in der Erledigung der Reparationsfrage zu halten. Es muß dem französischen Kapital die Erledigung dieser Frage aus der Hand entwinden, um so eine feste Entwicklung des Wiederaufbaues des zusammengebrochenen europäischen Kapitals verhindern zu können. Es erblickt die einzigste Möglichkeit in einem Zusammenarbeiten mit dem deutschen Kapital, welches die politische Wirtschaft unterstützen soll. Seit Genua verfolgt es diesen Gedanken mit außerordentlicher Hartnäckigkeit, ohne bisher irgend welche Erfolge aufweisen zu können.

Es ist von uns schon oft genug hingewiesen worden, daß sich die Reparationsfrage auf ein deutsch-französisches Problem zugespitzt hat. Dieser Gegensatz hat sich auch in den Reparationsarbeiten immer mehr Bahn gebrochen. Gleichzeitig mit dem Sturz der Mark ist auch der Preis